

# Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 9 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Freitag, den 12. Januar 1934

Chefredakteur: M. Braun

## Aus dem Inhalt

Zuspitzung im Fernen Osten  
Seite 2

Todeskampf im Wasserweck  
Seite 3

Die Erwerbslosigkeit steigt  
Seite 4

Barbarei im Steaftecht  
Seite 5

Ist der Krieg so nahe?  
Seite 8

## 215 000 Gefangene

### Das Heer der politischen Schutzhäftlinge

Göring hat vor Weihnachten die Entlassung von 5000 Schutzhaftgefangenen in Preußen angekündigt. Er wollte damit beweisen, daß das gegenwärtige Regime es sich leisten könne, Gegnern gegenüber großherzig zu sein. Aber diese Ankündigung ist nicht ausgeführt worden. Die Zahl der entlassenen Schutzhaftgefangenen beträgt selbst nach den offiziellen Angaben nur etwa 3000. Amtlich wurde gemeldet, daß in den drei Lagern bei Papenburg 1500, in Lichtenburg bei Torgau 500 Schutzhaftgefangene zur Entlassung gelangt seien. In allen übrigen Lagern Preußens sind die Entlassungen zahlenmäßig so geringfügig gewesen, daß man es nicht gewagt hat, ihre genaue Zahl anzugeben. Aus den übrigen Einzelstaaten wurde gemeldet, daß Baden 137, Sachsen 300 — von insgesamt mindestens 2000 —, und Lübeck 60 Schutzhaftgefangene entlassen hat. Bayern hat keine Zahl angegeben. Von den über 2500 Gefangenen in Dachsen ist nur ein winziger Bruchteil zur Entlassung gelangt.

Neue Verhaftungen erfolgen jeden Tag. Sie sind zweifellos in den letzten vier Wochen größer gewesen als die Entlassungen. Die „Sopade-Information“ hält deshalb nach wie vor an der Auffassung fest, daß neben den etwa 30 000 Schutzhaftgefangenen in Gefängnissen sich auch noch rund 30 000 Schutzhaftgefangene in den Konzentrationslagern befinden.

Nach unseren Berichten, die sich auf einen sehr gut unterrichteten Gewährsmann stützen, nimmt „Sopade“ die Zahl der politischen Gefangenen viel zu gering an. Sie lag an der Jahreswende zwischen 210 000 und 220 000.

In dieser großen Zahl befinden sich viele Gefangene, die vor einem Jahre das „dritte Reich“ freudig begrüßt, ja es sogar durch fanatische Verbeugung mit vorbereitet haben.

### In Görings Privatpalais

Er kann es aushalten

(Anrech.) Ueber Görings Privatpalais, das sich in der Nähe des ehemaligen Preussischen Landtagsgebäudes befindet, erfahren wir, daß in allen Räumen das Familienwappen Görings angebracht worden ist. Im Park, der von einer hohen Mauer umgeben ist, befindet sich eine Reitbahn. Ein großes, besonders erdichtetes Wachhaus beherbergt Tag und Nacht Görings Leibwache, die aus Beamten der „Abteilung zur besonderen Verwendung“ gebildet wurde. Die Wache trägt die neue feldgraue Uniform und ist selbstverständlich stark bewaffnet. Im Arbeitszimmer Görings hängt eine große Karte von Deutschland, auf der der polnische Korridor ... deutsch ist.

### Er fürchtet Meuterer

Und baut vor . . .

Berlin, 10. Januar. Wie der Amtl. Presk. Presedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident Göring durch Rundpruch an den Inspektor der Geheimen Staatspolizei, die Ober- und Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin folgendes angeordnet:

„Mehrere Sonderfälle zwingen mich, darauf hinzuweisen, daß die Polizei nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet ist, nach den bekannten polizeilichen Vorschriften jede Person, gleichgültig ob in Zivil oder in Uniform, mitbin auch Angehörige der SA, SS, St. o. dgl. einer Polizeiwache zuzuführen, um die Personalkarte festzustellen, soweit die Feststellung an Ort und Stelle nicht möglich ist. Der polizeilichen Aufforderung, zu diesem Zwecke zur Polizeiwache mitzugehen, ist unbedingt Folge zu leisten. Jede Widerständigkeit hiergegen wird unmissverständlich als Widerstand gegen die Staatsgewalt verfochten.“

Diese polizeiliche Maßnahme stellt keine Verhaftung, Festnahme oder Vorführung im Sinne der Sondervorschriften bezüglich der SA, SS, usw. (vergl. Erlass des Obersten SA-Führers vom 7. Oktober 1933) dar.

und Länderrat, und soweit sie kultureller Natur sind, zwischen Länderrat und Kulturkammer angetragen. Der bundesstaatliche Charakter bleibe, wie bereits gemeldet, auch in der Enderischen Verfassung weiter erhalten. Wien werde als Bundeshauptstadt eine gewisse Sonderstellung erhalten, aber die bisherige verfassungsrechtliche Stellung als Bundesland verlieren.

Der Entwurf bedeutet vollkommene Ablehnung von der parlamentarischen Demokratie und ist nur im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu verwirklichen, und zwar nur durch Staatsstreik, da an eine parlamentarische Verabschiedung nicht zu denken ist. Die Verfassungskämpfe in Oesterreich treiben nun entscheidenden Zogen zu.

### Die Spannung

Wien, 11. Jan. In Klagenfurt kam es am Mittwochabend zu Kundgebungen und Zusammenkünften mit der Hilfspolizei, wobei zwei Teilnehmer getötet wurden. Im Sinne der neuen Regierungsmassnahmen gegen die Nationalsozialisten sind 11 Angehörige der österreichischen NSDAP nach Wöllersdorf gebracht worden.

Bundeskanzler Dr. Dollfuß hat die oberste Führung der Sturmtruppen übernommen, die vor einiger Zeit ein enges Kampfbündnis mit dem österreichischen Heimatschutz abgeschlossen haben.

### Hochzeitschiffen eingebrochen

3 Tote

Warschau, 11. Jan. In der Nähe der Ortschaft Olszanski im Wilnaer Gebiet brach ein mit Hochzeitsgästen besetztes Schifflein, der über einen zugefrorenen See fuhr, im Eise ein.

## Nazi-Emigrant spricht

Veröffentlichungen in der „Deutschen Freiheit“

Ein weithin in Deutschland bekannter nationalsozialistischer Führer, der zwölf Jahre lang der Bewegung angehörte und in zahllosen Versammlungen und Auffügen für die NSDAP, gesprochen hat, ist als Emigrant im Saargebiet eingetroffen. Er hat Verfolgungen durch die NSDAP hinter sich, wie sie Zehntausende Marxisten erlebt haben. Wir haben mit diesem Nationalsozialisten Verbindung aufgenommen und stellen ihm unsere Spalten für eine Reihe von Aufsätzen zur Verfügung. Seine Ueberzeugung ist nicht die unsere. Wir halten es aber für gut, einen Mann zu Worte kommen zu lassen, der die NSDAP genau von innen kennt.

Die Veröffentlichungen werden morgen beginnen.

## Rußland und Polen

Die Außenpolitik der Sowjetunion ist in den letzten Monaten so rührig wie noch nie. Kaum war Litwinow von seiner Reise nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrt und die japanische Drohung im Fernen Osten durch die russisch-amerikanische Verständigung vorläufig abgewehrt, so wandte er sich auch schon dem zweiten gefährlichen Gegner in Europa zu und unternahm einen Vorstoß gegen den Einfluß Hitlers in Deutschland in den ehemals russischen Randstaaten. Schritt für Schritt hatte Moskau seine Beziehungen zu all diesen größeren und kleineren Ländern an seiner Westgrenze bereits im vorigen Jahre verbessert. Dem Abschluß der Nichtangriffspakte folgte während der Londoner Weltwirtschaftskonferenz die Unterzeichnung des gemeinsamen Protokolls der Ostmächte über die Bestimmung des Angreifers.

Hitlers außenpolitische Berater sahen dieser fortschreitenden Bildung einer osteuropäischen Einheitsfront mit wachsender Besorgnis zu. Sie begannen nun auch ihrerseits um die früher von ihnen so verachteten östlichen Nachbarn zu werben. Hitlers Friedenserklärungen an die Adresse Polens wurden durch Warschauer Besuche des Danziger nationalsozialistischen Senatspräsidenten Dr. Kauschnig ergänzt, der jedesmal kleine Zugeständnisse für die polnischen Kultureinrichtungen oder die polnische Zollverwaltung in seinem Freistaat mitbrachte. Da spielte Litwinow seine neue Karte aus. Er schlug Polen eine gemeinsame Garantie der Unabhängigkeit der vier kleineren Ostseestaaten, Litauen, Lettland, Estland und Finnland vor. Die Verichtigungen, die nach der vorzeitigen Veröffentlichung dieses Planes in die Welt gesetzt wurden, betreffen nur die Form des russischen Vorschlages. Sie lassen dadurch ziemlich genau erkennen, was wirklich beabsichtigt war und woran diese Absichten zunächst gescheitert sind.

Ein polnisch-russisches Protokoll mit gegenseitiger Verpflichtung zum Schutze der kleineren baltischen Randstaaten mußte seine Spitze deutlich gegen Deutschland richten. Litwinow hat auch ausdrücklich auf die bekannten Veröffentlichungen Alfred Rosenbergs, des Leiters des Außenpolitischen Amtes der nationalsozialistischen Partei, hingewiesen, der selbst aus dem Baltikum stammt und dort das nächste Betätigungsgebiet für den deutschen Ausdehnungsdrang sieht. Er verwies auf die „Bleichhaltung“ der deutschen Minderheiten in den Randstaaten mit der Reichspolitik. In Warschau wir len diese Argumente nach den sanftesten Friedenstönen Hitlers nicht so stark wie die Aussichten auf die Verstärkung des eigenen Einflusses Polens im Ostseengebiet, die der neue Plan eröffnete. Waren doch alle Versuche der polnischen Politik zur Bildung eines baltischen Blockes früher immer an der Gegenwirkung des sowjetrussischen Einflusses gescheitert. Polen machte also seine Zustimmung zu der Anregung Litwinows davon abhängig, daß die kleinen Ostseestaaten selbst sich damit einverstanden erklären sollten. Das hätte bedeutet, daß Litauen, Lettland, Estland und Finnland sich ausdrücklich unter den Schutz Warschaws und Moskaus stellten.

Aber gerade diese Verbindung eines Friedensgedankens mit dem Wunsch zur Ausdehnung der eigenen Einflusssphäre hat dem Vorschlag einen Mißerfolg eingebracht. Finnland, das vom Deutschen Reich am weitesten entfernt liegt und keine deutsche Minderheit in seinem Staatsgebiet hat, fühlt sich von Hitler nicht bedroht und lehnte daher von vornherein die ganze Anregung ab. Ja, das finnische Außenministerium wollte so wenig mit der Sache zu tun haben, daß es den Inhalt der vertraulichen Besprechungen darüber veröffentlicht ließ. Auf diese Weise sollten offenbar auch England und Dänemark

## Kampf um Wien

### Die Verfassung des geplanten Staatsreiches Wien soll nicht mehr Bundesland bleiben

Wien, 11. Jan. Der mit der Abarbeitung der neuen Verfassung Oesterreichs betraute Minister und Landesoberhauptmann Dr. Ender hat seinen Entwurf fertiggestellt und dem Bundeskanzler Bericht erstattet.

### „Ständestaat“

Wien, 11. Jan. Nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse“ sieht der Enderische Verfassungsentwurf vor, daß die gesetzgeberischen Befugnisse, die bisher dem Nationalrat und dem Bundesrat zufielen, in Zukunft auf den Staatsrat, den Länderrat, die Kulturkammer und die Wirtschaftskammer aufgeteilt werden. Der Staatsrat soll vom Bundespräsidenten auf Grund von Regierungsvorschlägen ernannt werden. Der Länderrat werde die Vertreter der Länder umfassen, und zwar die Landesoberhauptleute bzw. ihre Stellvertreter und die Finanzreferenten der Länder. In beiden Körperschaften hätte die Bundesregierung beratende und mitbestimmende Funktion. Die Wirtschaftskammer werde durch Wahl der hierzu berufenen Wirtschaftskörper gebildet. Die Kulturkammer solle die Vertreter von sechs Ständegruppen, nämlich: Priester, Erziehungsstand (Lehrer und Eltern), Rechtsstand, Heilstand, Kunststand und selbständige geistige Berufe, zusammenfassen. Ueber die Abgrenzung der Befugnisse der vier Körperschaften seien noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen. Jedenfalls werde der Grundsatzz vertreten, daß alle auf das Gebiet der Kultur, Rechts-, Bildungs- und Unterrichtsfragen fallenden Angelegenheiten der Kulturkammer zugewiesen werden. Die staatswirtschaftlichen Fragen, insbesondere der Haushalt, Handelsverträge, Zollfragen usw., würden vornehmlich den Staatsrat unter Beranziehung der Wirtschaftskammer beschäftigen. Die Fragen, die die Länder betreffen, würden, soweit sie wirtschaftlicher Natur sind, zwischen Länderrat und Wirtschaftskammer, soweit sie politischer Natur sind, zwischen Staatsrat



von der Teilnahme an der neuen osteuropäischen Kombination zurückgehalten werden. Diese beiden Länder sind wirtschaftlich von Deutschland abhängig. Ohne die Ausfuhr lettischer Butter nach dem Reich kann die Regierung von Riga die Handelsbilanz ihres Staates nicht ins Gleichgewicht bringen. Auch Lettland und Estland können also den Schutz ihrer Unabhängigkeit nicht einseitig Rußland und Polen anerkennen, zumal jetzt nach dem die Diskussion über dieses Problem bereits die Öffentlichkeit beschäftigt. Nur Litauen, der einzige der vier kleinen Staaten, der unmittelbar an Deutschland grenzt, hat dem Vorschlag Litwinows bereits seine Zustimmung gegeben. Im litauischen Memelgebiet bilden die Deutschen die Mehrheit. Die Konflikte zwischen der memelländischen deutschen Selbstverwaltung und der litauischen Regierung haben wiederholt mit Niederlagen der Regierung geendet. Gerade jetzt droht die reichsdeutsche Presse diesem kleinen Nachbarn wieder mit Vergeltungsmassnahmen, wenn er nicht alles zurücknimmt, was die „Gleichhaltung“ der Memelländer mit der deutschen Hakenkreuzpolitik hemmen könnte. Diese Brutalitäten der Nationalsozialisten haben dem Vorkauf Litwinows wenigstens den Teilerfolg seiner Unterstufung durch diesen Staat eingebracht.

Doch der Hauptzweck, den Moskau diesmal verfolgte, war zweifellos die Festlegung Polens gegen die deutsche Ostpolitik. Pilsudskis Entscheidung ist durch die vorzeitige Veröffentlichung der Verhandlungen und durch die Ablehnung eines Teiles der interessierten Ostseeländer sehr erschwert. Läßt er das neue Litwinow-Protokoll jetzt öffentlich von seinem Außenminister unterzeichnen, so bräskiert er Hitler. Die bisherige Linie des polnischen Verhaltens gegenüber Deutschland, die auf eine Ablenkung des nationalsozialistischen Betätigungsdranges nach dem Südosten — gegen Oesterreich — hinauszielte, wäre damit verlassen. Lehnt er aber den russischen Vorschlag ab, so verstärkt der polnische Marschall das Mißtrauen gegen die deutsch-polnischen Annäherungsbestrebungen. Die Warschauer Regierungspresse erklärt also, daß sie von einem Pakt nichts wissen will, aber sie rühmt zugleich alle die Grundsätze, die den Inhalt des Vorschlages Litwinows bilden. Die weiteren Verhandlungen dürften nach der Störung durch die vorzeitige Presseveröffentlichung jetzt wieder in aller Stille geführt werden. Und Polen müßte nicht von tiefstem Mißtrauen gegen die deutsche Rüstungspolitik erfüllt sein, Marschall Pilsudski müßte sein altes Interesse an Litauen ganz verloren haben, wenn nicht schließlich die russische Werbung auch in Warschau zum Ziele käme.

## Zuspitzung im Fernen Osten

### Sowjetrußland, China und Japan

London, 11. Jan. Nach Berichten der englischen Presse steht die Krönung Pu Hsi zum Kaiser der Mandchurien bevor, und diese Thronbesteigung werde von Japan sanktioniert. Die englische Regierung besorgt sich von diesem Ereignis Komplikationen im Fernen Osten.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt dazu:

Pu Hsi ist kein gleichgültiger Mann. Ist er doch als Knabe unter dem Herrschernamen Sunan Tzung der letzte Mandchurenkaiser des chinesischen Reiches gewesen. Die Mandchus aber waren nicht nur die Beherrscher Chinas; zu ihnen zählten auch die Prinzen der Mongolei in einem besonderen Lebens- und Treueverhältnis. Es liegt somit auf der Hand, daß Japan mit der Krönung Pu Hsi zum Kaiser der Mandchurien in Ostasien — mit diesem Namen ist das frühere Tschangtschun, ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt bezeichnet worden (er bedeutet zu deutsch „neue Hauptstadt“) — bezweckt, auch die innere Mongolei näher an sich heranzuziehen.

Anschläge Japans auf das Gesamtgebiet der inneren Mongolei würden aber auch Rußlands östliche Belange in empfindlicher Weise treffen. Japan würde nämlich dadurch um ganz Nordchina einen Gürtel legen, durch den direkte geographische Beziehungen zwischen der Sowjetrepublik und dem Reiche der Mitte unmöglich gemacht werden würden. Außerdem hätte eine derartige Verschiebung der japanischen Machtstellung in der Mongolei auch eine eminent strategische Bedeutung. Könnte es doch für Japan im Kriegsfall von der inneren Mongolei aus möglich werden, die äußere Mongolei zu überrennen und von dort aus die Rückenverbindungen der ostsibirischen Verteidigungspositionen Sowjetrußlands zu bedrohen. Moskau würde somit eine Befestigung des japanischen Einflusses im Tschahar-Gebiet und in Szuichuan nicht gleichgültig ansehen können. Auch England müßte gegenüber einer solchen Entwicklung auf der Hut sein, da nicht nur religiöse, sondern stark politische Verbindungen von der Mongolei nach Tibet herübergehen. Mit Interesse wird deshalb heute in der englischen Presse die Nachricht verzeichnet, daß Buddha eine neue Wiedergeburt in Gestalt eines Knäbchens gefunden hat, das in der Stunde des Todes des Dalai Lama in der Nähe von Chasa das Licht der Welt erblickte, da somit das neue Oberhaupt Tibets und der gesamten lamaischen Religionen nun nicht mehr in den ferneren Gebieten des Pamalsmus gesucht zu werden braucht. Der neue Buddha hätte ja sehr wohl auch in der Mongolei ersehen können.

Beachtet aber Japan wirklich nicht, mit der Errichtung eines Throns für den ehemaligen Mandchu-Kaiser Chinas in der neuen Hauptstadt der Mandchurien auf eine Lösung Nordchinas hinanzuarbeiten? Die japanische Regierung bekennt derartige Vorläufe nicht entschieden, aber sie hat früher schon des öfteren abgelehnt, was sie später, nachdem es eintrat, anerkannt hat.

## „Wer wünscht Kanonen?“

Paris, 11. Jan. „Wer wünscht Kanonen?“ überschreiben verschiedene Blätter eine Nachricht aus Chalons-sur-Saone. Darin wird mitgeteilt, daß am 17. Januar die Domänenverwaltung von Chalons zwei 150-Millimeter-Krupp-Geschütze, die aus dem Kriege stammen und als Artilleriestrohpen in Chalons aufgestellt waren, öffentlich versteigern wird. Die Stadt Chalons hatte die Geschütze, weil die Mäherstelle zu verrotten begannen, an die Deeresverwaltung zurückgeben wollen. Doch lohnte diese wegen der hohen Transportkosten die Uebernahme ab und übertrug die Geschütze an die Domänenverwaltung, die sie nun versteigern läßt.

## Stumme Demonstration

Berlin, 10. Jan. (Anpreß.) Wie man nachträglich erfährt, fand am Totensonntag an den Gräbern Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und ihrer Mitkämpfer eine Demonstration statt. Unzählige Arbeiter gingen in langsamen Zuge an den Gräbern vorbei, und immer wieder lösten sich aus dem Zuge Frauen und Jungfrauen, die auf die Gräber Blumen kreuzten und kleine Kränze niederlegten. SA-Gruppen nahmen die Blumen fort, verhafteten aber niemanden.

# Das Aide Memoire

## Herriot vor der außenpolitischen Kommission

Paris, 11. Jan. Herriot hat der gestrigen Sitzung der außenpolitischen Kommission der Deputiertenkammer präsiert und das in Berlin überreichte Aide Memoire vorgelesen. Er fügte ergänzend hinzu, daß Frankreich sich nicht weigere mit Deutschland zu sprechen, aber es müßten alle anderen an der Abrüstungsfrage beteiligten Nationen an den Verhandlungen teilnehmen. Die Unterhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland könnten nur eine Teilphase der allgemeinen Unterhandlungen sein. Im Laufe der Aussprache wurde stark unterstrichen, daß Frankreich mit Recht die Einführung einer provisorischen Periode verlange, die der Abrüstung voranzugehen habe. In dieser Periode könne Deutschland zeigen, daß es wirklich die gemeinsamen festgesetzten Abmachungen loyal erfüllt. Diese Periode würde auch die Einrichtung einer reziproken Kontrolle ermöglichen. Der Deputierte Tribourg erklärte u. a., daß die Vorschläge Frankreichs zugleich fähig und vorzüglich seien. Deutschland werde vor die Verantwortung gestellt, sich zu entscheiden, ob es seine eigene Aufrüstung wolle oder die allmähliche Abrüstung der anderen Nationen anstrebe. Zur Frage der Sanktionen führte Tribourg aus, daß grundsätzlich der Text des Artikels 43 des Versailler Vertrages und die Artikel 8 und 4 des Locarno-Abkommens maßgebend blieben. England werde dadurch verpflichtet, eine klare Haltung einzunehmen und gemeinsam mit Frankreich zu intervenieren, wenn Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt und beispielsweise in der demilitarisierten Rheinlandzone Truppenbewegungen vornehmen würde.

## Aus dem Inhalt

### Was die „Times“ berichtet

London, 11. Jan. Die „Times“ bringt eine Inhaltsangabe der französischen Denkschrift, die von ihrem Pariser Korrespondenten herrührt. Wie er behauptet, soll es das Ziel der französischen Vorschläge sein, Gleichheit innerhalb eines Systems der Sicherheit herzustellen und zu bringen auf Grund eines Abkommens, das eine wirksame Kontrolle und eine kollektive Garantie aller vertragsschließenden Teile vorsieht. Der Korrespondent begnügt sich nicht, darüber zu berichten, sondern macht sich zum Anwalt der Vorschläge, indem er sie als bestimmt geeignet bezeichnet, durch schließliche allgemeine europäische Abrüstung zu Lande und in der Luft bis auf den deutschen Stand Gleichheit herzustellen, kalt durch eine Minderung des deutschen Rüstungsstandes nach oben.

Mit Ausnahme eines Teiles seien die Vorschläge so gut wie gleichlautend mit denen, die Frankreich in Genf angenommen hatte, die aber niemals resolu veröffentlicht worden seien infolge des durch Deutschlands Weggehen verursachten Zusammenbruchs. Es seien zwei Perioden vorgesehen. Die erste sei die Uebergangsperiode, die zweite stelle — sagt der Korrespondent — völlige Gleichheit der Abrüstung her.

Die Länge des ersten Abschnittes (ursprünglich vier Jahre) solle von der Dauer der Zeit abhängen, die Deutschland brauche, um die tatsächliche Umwandlung der Reichswehr in eine Armee von 200 000 Mann mit kurzer Dienstzeit zu vollziehen. Die Zahl von 200 000 Mann gelte nach französischer Auffassung als unannehmbar.

Frankreich verpflichte sich, während dieser Zeit seine Rüstungen in keiner Weise zu vermehren und Schritt für Schritt mit der deutschen Umwandlung ähnliche Veränderungen in seiner Armee vorzunehmen. Da das Ziel Abrüstung sei, solle nach französischem Wunsch Deutschland sich verpflichten, Rüstungsmaterial weder herzustellen, noch zu besitzen, das ihm gegenwärtig verboten sei. Es werde aber natürlich das Recht haben, Waffen für die neu einzustellenden 100 000 Mann anzuschaffen. Der von Frankreich vorgesehene Kontrollausschuß solle sofort eingeleitet werden. Ferner würden bestimmte Verwinderungen bei der SS, SA, usw. verlangt (Nicht, wie es geheißen habe, ihre Abschaffung). Die Denkschrift vertritt die Ansicht, daß das Regime in Deutschland innerpolitisch so gelichtet dastehet, daß wenigstens ein Teil der Formationen entbehrlich sei, die immer noch von den Franzosen als militärisch verwendungsfähig betrachtet würden und ihnen deshalb so viel Sorge verursachten. Die Meldungen, wonach die französischen Vorschläge das Angebot enthielten, 50 Prozent der Militärluftzeuge außer Dienst zu stellen, seien zutreffend. Das Angebot sei aber abhängig davon, daß andere Länder das gleiche tun. Der Korrespondent meint, daß diese französische Forderung sich nicht auf die Luftkategorie Großbritannien erstreckt. In Frankreich gebe man nämlich an, daß die Abrüstung der englischen Luftwaffe bereits sehr

weitgehend durchgeführt sei. Es sei auch möglich, daß der Vorschlag der Abschaffung aller Bombenflugzeuge in der Denkschrift wiederholt worden sei, obwohl dies von einer internationalen Kontrolle der zivilen Luftfahrt abhängig gemacht werde. Am Ende der ersten Periode, das heißt, wenn die Angelegenheit der Mannschaftsbefehle vollkommen geregelt worden sei, trete das französische Versprechen, etappenweise bis zum deutschen Stand abzurufen, in Kraft. Man könne, meint dazu der „Times“-Korrespondent, annehmen, daß, falls die erste Periode in befriedigender Weise verlaufen sei, dieser Prozeß mit ähnlicher Schnelligkeit durchgeführt werden würde. Als eifriger und vorbehaltloser Fürsprecher der französischen Auffassung erklärt dann der Berichtshalter,

daß man eine wirkliche und ehrliche Gleichheit anstrebe, gehe klar daraus hervor, daß die französische Denkschrift, falls beschlossen werden sollte, Waffen wie leichte Tanks während der ersten Periode beizubehalten, ohne weiteres voraussetze, daß Deutschland auch das Recht auf den Besitz leichter Tanks haben soll. Das Artilleriekaliber hoffe man auf ein Höchstmaß von 15 Zentimeter festzusetzen.

Zum Abschluß des „Times“-Berichts wird es als möglich bezeichnet, daß im Laufe der Verhandlungen die französische Regierung sich hier und da zu einigen Änderungen der Einzelheiten ihrer Vorschläge bereitfinden werde. Es bestehe aber guter Grund für die Annahme, daß diese Vorschläge im wesentlichen die äußerste Grenze dessen darstellten, was Frankreich zurzeit bereit sei. Die Dauer der ersten Periode sei nach französischer Auffassung vollkommen von der Energie abhängig, mit der Deutschland die Umwandlung der Reichswehr in eine Militärmee durchführe, während in der zweiten Periode es in Deutschlands Ermessen gestellt sei, die Erreichung der Gleichheit durch Abrüstung zu beschleunigen, indem es seine Nachbarn von seinem guten Willen und Friedenswunsch überzeuge.

Der Berichtshalter meint, daß Befanntwerden der Vorschläge werde bei der französischen Nation voraussichtlich einen Sturm von Anklagen gegen die Regierung Chaumpes auslösen.

## Für diplomatische Verhandlungen

### Abrüstungsausschuß des englischen Kabinetts

London, 11. Jan. „Times“ befaßt sich mit der Sitzung des Abrüstungsausschusses des Kabinetts am Mittwoch. Wie verlaute, habe man sich auf die Auffassung geeinigt, daß die im Gange befindlichen Verhandlungen genügend Fortschritte machten, um ihre Fortsetzung wünschenswert erscheinen zu lassen. Die Methoden regelmäßiger diplomatischer Mitteilungen und persönlicher Zählungen nahmen dabei sich als zweckmäßig erwiesen. Dies gelte auch für die Zukunft. Auf diesem Wege lasse sich noch am ehesten erhoffen, daß zwischen Frankreich und Deutschland eine gemeinsame Grundlage gefunden werde. Wenn Simon wahrheitsgemäß am 15. nicht in Genf sein wird, so geschieht das, wie „Times“ meint, weil er den dringenden Wunsch hat, mit verschiedenen Außenministern in möglichst enger Fühlung zu bleiben. Zwischen London und den anderen Hauptstädten sei ein lebhafter Gedankenaustausch im Gange. Ueberdies sei es so gut wie sicher, daß Paul-Boncour infolge der außenpolitischen Kammeransprache in Paris nicht vor Mitte nächster Woche nach Genf kommen könne. Heute werde Simon eine Unterredung mit Henderson haben. An der Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz am 22. teilzunehmen, sei England zwar durchaus bereit, doch dürte es aus mehreren Gründen besser sein, sie zu verschließen, besonders in der Hoffnung, daß Ende Januar die Grundlage einer Vereinbarung zwischen Frankreich und Deutschland gefunden sein könne.

## Windmühlenflugzeuge

London, 11. Jan. Das britische Luftfahrtministerium hat, wie die „Morning Post“ meldet, 10 Windmühlenflugzeuge in Auftrag gegeben, die zunächst probeweise bei Übungen mit gewöhnlichen Militärflugzeugen zusammenarbeiten sollen. Das Blatt sagt, Windmühlenflugzeuge seien zur Beobachtung, Luftaufnahmen und Feststellung feindlicher Geschosse sehr geeignet, weil sie ihre Geschwindigkeit bis auf 24 Stundenkilometer ermäßigen und bis zu 184 Kilometer freieren könnten. Außerdem benötigten diese Flugzeuge nur eine sehr kurze Start- und Landestrecke.

## Marinemeuterei in Siam

Unter den Marinetruppen sind Unruhen ausgebrochen. Die Ausdehnung ist nicht zu erkennen, weil die Behörden jede Verbreitung von Nachrichten militärischen Charakters verboten haben. Ueber die Ursache der Meuterei verläuft, daß man in der Marine mit der gegenwärtigen Regierung nicht voll einverstanden sei.

# Der katholische Klerus im Zwiespalt

## Die Bischöfe in verschiedenen Fronten

Die deutschen katholischen Bischöfe bieten in ihrer Haltung zum Hitler-Reich keineswegs das Bild einer geschlossenen Einheit. Zwischen Kardinal Faulhaber in München, den die bayerischen Bischöfe heute als morgen verhaften möchten, und dem Freiburger Bischof Dr. Gröber, der sich gänzlich als Funktionär nationalsozialistischer Staatskunst fühlt, lassen weitreichende Unterschiede. Eine mehr vermittelnde Haltung nimmt der württembergische Bischof Dr. Spörl ein.

Am Montag waren in Stuttgart die Geistlichen der Dekanate Stuttgart, Neuhäusen, Gmünd, Reckartshausen, Deggingen und Amrisbachhausen, im ganzen weit über hundert, versammelt. Bischof Spörl erklärte hier u. a.:

„Ich erkläre nachdrücklich, so führte er dabei aus, wir stellen uns positiv zum neuen Staat. Wir sind gerne bereit, das anzuerkennen, was der neue Staat auf verschiedenen Gebieten anstrebt und erreicht hat.“ Bischof Dr. Spörl wies in diesem Zusammenhang auf die Ueberwindung des Bolschewismus hin, der mit geistigen Waffen allein nicht zu beseitigen war, die Zurückweisung vieler liberaler Ideen, die Anstrengung einer wahren Volksgemeinschaft, die Aufstellung des Führerprinzips, die Errichtung einer ständischen Ordnung, den Kampf um gerechte Behandlung Deutschlands unter den Völkern. Wir halten dem Staat die Treue, erfüllen auch die Verpflichtung des Artikels 22 des Konkordats, der das Verbot parteipolitischen Tätigkeits des Klerus enthält. Wir wollen nicht

das Rad der Zeit zurückdrehen. Es wäre deshalb ein Unrecht, uns zu verächtigen, als ob wir eine verkappte Zentrumspartei seien, als ob die katholische Aktion getarnte politische Tätigkeit anstrebte. Unsere Haltung zum Staat kann nur eine positive sein. Stellung müßten wir jedoch nehmen gegen Gesetze, die gegen unser Gewissen wären, entsprechend dem Sprichwort: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.“

Diese laute Selbstbehauptung wird bekräftigt durch eine Entschliessung, die betont, daß der katholische Klerus keine staatsfremden Elemente unter sich dulden werde, und daß er sich durchaus positiv zur neuen Staatsgewalt stelle, da dies dem katholischen Gewissen und den Weisungen der Kirche entspreche.

Diese „positive Einstellung“ läßt den deutschen Klerus nicht vor unaufhörlicher Bedrängnis. Täglich wächst die Zahl der Verurteilten und verhafteten Geistlichen. Täglich wird die Beförderung größer, daß die nationalsozialistische Bewegung zum Einbruch des Heidentums in die Bezirke des Glaubens führt.

## Wieder einer

In Marktsteinach bei Schweinfurt wurde der Kaplan Richard Deller wegen „unkorrekten politischen Verhaltens“ in Schutzhaft genommen.



# Todeskampf im Wasserwerk

Im „Oberelsässer Volksfreund“ schildert ein bei der Katastrophe im Wasserkraftwerk am Schwarzen See Geretteter grauenvolle Stunden:

Ich war mit meinem Kollegen, dem Schweizer Fürtling, allein ganz unten im „Pumpenstod“, dem tiefsten Raum der Zentrale, in etwa dreißig Meter Tiefe und zwölf Meter unter dem normalen Wasserstand des Sees, während unsere übrigen Arbeitskollegen sich zwei Stockwerke höher, im Maschinenraum befanden. Ich war gerade im Begriffe, mich vom Turbinenbetrieb zum Pumpenbetrieb zu begeben, als plötzlich ein gewaltiges Getöse erfolgte und das Gebäude erzittern ließ. Im selben Augenblick wurde der Regulierarm am Pumpenwerk abgerissen und flog in Stücke. Sofort gab ich das vorgeschriebene Notsignal zum Anhalten der Maschinen. Dabei vernahm ich von oben her ein ohrenbetäubendes Geräusch: Das hereinströmende Wasser. Mein Freund und ich erkannten sofort die große Gefahr. Wir stürzten die Treppe hinauf. Bald wurden wir vom Wasser in den Maschinenraum geschwemmt, wo unsere Arbeitskameraden gegen das rasende Element vergeblich ankämpften. Wir versuchten zum Ausgang zu gelangen. Doch vergeblich, da gerade aus dieser Richtung der Wasserstrom hereinbrach.

Wir Entsetzten sahen wir den Wasserpegel unaufhörlich steigen.

Bald erstarb die letzte Hoffnung. Als wir in Brusthöhe im Wasser standen, ging das Licht aus. Völlige Dunkelheit umgab uns.

Bald stand uns das Wasser an der Kehle

und hilflos schwammen wir im Raum umher, getrieben vom hereinbrechenden Wasserstrom. Immer mehr nahen wir uns der Decke des Raumes, vor der uns graute, denn einmal hier angelangt, gab es keinen Ausweg mehr. Mit Entsetzen spürten wir diese plötzlich einige Zentimeter über unseren Köpfen und machten uns fertig für das schreckliche Ende. Das Wasser stieg bis zur Decke. Da sich zwischen den Trägern, die die Decke stützen, Luft befand, die nun auf beiden Seiten durch das bis an die Träger heranreichende Wasser dicht abgedrückt war, blieb diese enge Luftkammer von einer Höhe von etwa 20 Zentimeter wasserfrei. Zwischen diesen beiden Trägern hielten wir unsere Köpfe noch über Wasser. Einzelne meiner Kameraden waren in diesem Augenblick bereits tot, da sie nach meiner Ansicht gleich bei dem hereinbrechen der Sturzwellen vom Schläge getroffen wurden. Doch die Mehrzahl war in diesem schrecklichen Augenblick noch am Leben.

Einer nach dem andern sanken meine Freunde neben mir, erschöpft und vom kalten Wasser erstickt. Ich ließ in die Tiefe. Ueber uns hörten wir das unheimliche Geräusch der vom Weißen See hereinbrechenden Wassermassen. Dieses Geräusch wurde dann und wann vom Getöse der oben an uns zusammenbrechenden Teile der Zentrale unterbrochen. Wie furchtbar war das verzweifelte Schreien der Kameraden, die nach ihren Frauen und Kindern riefen. Andere verrieten mit erstickender Stimme ein letztes Gebet. „Hilf! Kameraden, rettet mich! Ich gehe unter!“ schrie ein Arbeiter dicht neben mir. Sein Geschrei ging in einem kurzen Wassergurgeln unter. Das Wasser hatte ein neues Opfer verschlungen.

Nach einem kräftigen Atemzug und einem zitternden „Lebt wohl, Kameraden!“

das auf immer in meinen Ohren weiterklingt, tauchte Fürtling, ein ausgezeichnetes Schwimmer, unter und schwamm unter dem Wasser aus Geratewohl nach der Richtung, in welcher er den Ausgang wähnte. Tatsächlich hörten wir ihn auch bald uns zurufen: „Hierher, Kameraden! Hier ist der Ausgang!“ Doch keiner wagte sofort das große Wagnis, das Fürtling gelungen war, nachzuahmen, und wir hielten noch immer Hoffnung, daß von außen her Rettung kommen könnte. In dieser schwachen Hoffnung schwammen wir noch während einer für uns unendlich langen Zeit zwischen den beiden uns schützenden Balken umher unter dem infernalischen Getöse von oben und den Verzweiflungsschreien der Sterbenden. Ost war auch ich der Verzweiflung nahe. Meine übermüdeten Glieder wollten nicht mehr. Moralisch und physisch war ich zusammengebrochen. Nur dank zäher Willenskraft konnte ich mich über Wasser halten. In Gedanken bei all denen, die mir so lieb sind, begann ich mit unmenslichen Anstrengungen gegen das mörderische Element anzukämpfen. Infolge der Dunkelheit war es mir absolut unmöglich, mich zu orientieren. Als Anhaltspunkt diente mir lediglich der Ruf eines Schiffsfahrgenossen, der uns mitteilte, daß er sich auf dem Kran der Maschinenhalle befindet. Da sich der Ausgang in entgegengesetzter Richtung befand, schwamm ich nach diesem Ziel. Infolge eines plötzlichen leichten Rückganges des Wassers konnte ich unter den ersten Querbalken, ohne stark zu tauchen, durchschwimmen. Bei den drei letzten Balken mußte ich unter Wasser schwimmen. Ein Glück für mich, daß ich in der Finsternis die Richtung nicht verloren habe. So erreichte ich den Ausgang der Zentrale.

Ich war noch nicht gerettet. Immer noch drohte mir die doppelte Gefahr, infolge meiner völligen Erschöpfung unterzugehen oder durch die mit Wucht niederprasselnden Stein- und Eisenmassen totgeschlagen zu werden, denn ständig mußte ich mich unter dem furchterlichen Wasserstrahl, der von der Bruchstelle her kam, bewegen. Pänns der Gangwände mich an Leitungs- und Kabelröhren festhaltend, konnte ich mich bis zur Türe durcharbeiten. Ich atmete auf! Doch die Türe war verschlossen! Mit Mühe gelang es mir endlich, ein Fenster zu erreichen.

Ein Sprung ins Freie, und ich war gerettet!

Mindestens das Turbinenhaus nicht wie Wasser. In der Dunkelheit ließ ich an einen Balken, der mir mehr oder weniger als Floß diente, und mit dem ich schwimmend das Ufer des Sees erreichte, wo ich völlig erschöpft ankam. Im tiefen Schnee machte ich einige Schritte. Das Empfinden in meiner Brust, als ich wieder festen Boden unter mir hatte, kann ich nicht schildern. Raum hatte ich mich am Ufer etwas vorwärts bewegt, als ich zwei Männer auf mich zukommen sah, nachdem ich zwei Stunden, die mir eine Ewigkeit waren, nur Sterbende und Tote gesehen hatte. Ich rief den beiden aus Verbestärken entgegen und von diesem Augenblick an wachte ich nichts mehr. Als ich wieder erwachte, befand ich mich in einem guten warmen Bett, in einem Nebenraum der Kantine. Ich sah bekannte Gesichter, in denen Schrecken und Entsetzen zu lesen waren. Ich sah den Anwesenden Aktivitäten, wie eine Rettungsaktion im Maschinenhaus eventuell durchzuführen werden könnte. Leider blieben alle Bemühungen erfolglos.



Die Beisetzung der Todesopfer von Ossegg

Oben: Kameraden der ums Leben gekommenen Bergleute bei der Beisetzung. Unten: Die Särge der dreizehn geborgenen Opfer.

In Ossegg wurden unter ungeheurer Beteiligung die geborgenen Leichen der bei der Explosionskatastrophe ums Leben gekommenen Bergleute beigesetzt. Die Trauerfeier galt aber nicht nur den 13 Särgen, die auf den Friedhof kamen, sondern ebenso den 120 anderen Opfern, die tief unter Tag im Innern des Berges ihr Grab fanden.

## Die Bergleute fordern Verstaatlichung

In Prag hielten die Bergarbeiterorganisationen, und zwar sowohl die deutschen wie die tschechischen, eine Sitzung ab, in der sie folgende Entschlüsse faßten:

Zur Beruhigung der durch die Katastrophe erschütterten Bergarbeiter Nordwestböhmens möge die Regierungsverwaltung vom 18. Dezember 1933 über die Beschäftigung, Entlassung und Löhne der Arbeiter bis Ende 1934

verlängert werden. Bei der bevorstehenden Sanierung der Bergarbeiterversicherung mögen die rechtlichen und materiellen Ansprüche der Bergarbeiter, die schon bisher unzureichend gewesen seien, ungezügelt aufrechterhalten bleiben. Im Interesse eines ordentlichen Betriebes in den Bergwerken möge an die Verstaatlichung der Bergwerke geschritten werden. Der Senatsbeschluss vom Juni 1932 über die Zwangsverwaltung der Bergwerke erfordere unter den gegebenen Umständen die sofortige Durchführung. Die wirtschaftlichen und nationalen Rechte der Angestellten seien dabei durchaus zu respektieren.“

# Finanzskandal und Politik

## Rücksichtslose Aufklärung

„Die ehrlichen Elemente haben es satt“

Paris, 11. Jan. Der Vollzugsausschuss der Radikalen Partei nahm gestern zur politischen Lage im Zusammenhang mit der Stawisky-Affäre Stellung. Nach einer Ansprache des Parteivorstehenden Derriot, der u. a. ausführte: „Die ehrlichen Elemente, aus denen unser Land besteht, haben es satt, immer wieder in den ersten Spalten der Blätter von Verbrechen, Diebstählen und Skandalen zu lesen“, und nach einem Rechtfertigungsversuch des zurückgetretenen Kolonialministers Dalimier wurde eine Entschlieung angenommen, in der die rücksichtslose Aufklärung des letzten Skandals ohne Schonung auch noch so hochstehender Persönlichkeiten gefordert und angekündigt wird, daß die Partei von sich aus unerbittlich gegen alle Mitalleber vorgehen werde, die nicht mehr würdig seien, ihr anzugehören.

seil von Stawisky zwei Millionen Franken erhalten haben und der als Deutscherreiter bekannte Komard 55.000 Franken. Der Abgeordnete Bonnoure soll sich seine Wahlkampagne und eine Schneiderrechnung in Höhe von 15.000 Franken durch Stawisky haben bezahlen lassen.

## Freunde des Hochstaplers

Paris, 11. Januar. Die Gegenüberstellung des verhafteten Direktors des Credit Municipal von Vanonne, Liffier, und des gleichfalls verhafteten Bürgermeisters der Stadt, Abgeordneten Garat, die vom Untersuchungsrichter vorgenommen wurde, hat keine Klärung gebracht. Liffier bleibt bei seiner Behauptung, nur auf Anweisung Garats gehandelt zu haben, der mit Stawisky unter einer Decke steckte. Beide hätten sich auch in den Gewinn aus den Finanzgeschäften, deren betrügerischen Charakter er nicht gekannt haben will, geteilt. Garat bestreitet die Aussage Liffiers, muß aber zugestehen, mit Stawisky eng befreundet gewesen zu sein. Die Bekanntschaft des Hochstaplers will er durch Vermittlung hochstehender Persönlichkeiten gemacht haben. Er weigert sich jedoch, Namen zu nennen, und ist sich schließlich auf Drängen der dem Verhör beiwohnenden Verteidiger zu der Aeußerung herbei, Stawisky habe sich urbi et orbi gerühmt, bei dem Pariser Polizeipräsidenten ein- und ausgegangen zu sein; jedoch habe er beide niemals zusammen gesehen.

## Abgeordnete und Journalisten

Paris, 11. Jan. Der Untersuchungsrichter von Vanonne hat die Aufhebung der parlamentarischen Immunität des Abgeordneten Bonnoure von der Radikalen Partei beantragt. Außerdem hat er Vorführungsbefehle gegen den Direktor der „Volonte“, Dubarry, und den früheren Direktor der „Liberte“ Camille Komard erlassen. Dubarry

# Gnadengesuche als Geschäft

## Der belgische Korruptionsskandal

Brüssel, 10. Januar.

Ein neuer Skandal, dessen Charakter vielleicht noch erster ist, als die Angelegenheit der Polizeibehörde, ist in der belgischen Beamtenenschaft aufgedeckt worden. Diesmal ist das Justizministerium kompromittiert. Der Mann im Mittelpunkt dieses neuen Skandals scheint ein katholischer Expriester namens Verreede zu sein, ein früherer Kaplan in der belgischen Armee, mit einer ziemlich dunklen Vergangenheit, der aus Frankreich in Verbindung mit dem Skandal der Frau Danou ausgewiesen worden sein soll. Dieser Expriester, der, obwohl er die Kirche vor Jahren verlassen hat, noch immer in halbgeistlicher Gewandung herumgibt, unterhält einige sogenannte Beratungsbüros in ärmlischen Brüsseler Straßen. Seine Klienten waren ausschließlich strafrechtlich verurteilte Männer und Frauen oder Freunde und Verwandte im Gefängnis befindlicher Personen. Diesen bot Verreede Ratsschläge und Hilfe zur Erlangung der Begnadigung, der Strafumwandlung oder der bedingten Entlassung für verurteilte oder eingesperrte Missetäter. Die Hilfe scheint sehr wirksam und der verlangten Belohnung entsprechend gewesen zu sein. Das Beratungsbüro scheint nicht immer gewartet zu haben, bis sich die Kunden selbst vorstellten, sondern scheint seine Dienste den Familien verurteilter Personen oftmals angeboten zu haben.

einer der hauptsächlichsten Schauplätze der Tätigkeit Verreedes war. Dort kam die Tatsache ans Licht, daß ein verurteilter Mann niemals freigelassen wurde, obwohl die zuständige Begnadigungskommission ihn einstimmig zur Begnadigung vorgeschlagen hatte. Eines Tages kam ein Vertreter von Verreedes Beratungsbüro zu der Familie des betreffenden Sträflings und versprach, seine Befreiung gegen Bezahlung einer Summe von 2000 Franken zu erwirken. Um dieselbe Zeit wurde auch bekannt, daß ein anderer Sträfling, dessen Gnadengesuch von der Kommission einstimmig abgewiesen worden war, freigelassen wurde, und zwar wie es hieß, mit Hilfe Verreedes.

Der Staatsanwalt hörte von diesen merkwürdigen Dingen und ließ eine Untersuchung anordnen, die die interessante Tatsache zutage förderte, daß Verreede und eine seiner Helferinnen oft im Büro eines Hilfsstaatsanwaltes sowie auch im Büro eines hohen Beamten des Justizministeriums gesehen worden waren, dessen Aufgabe es war, die Gnadengesuche, Strafumwandlungsgesuche und bedingte Entlassungsgesuche zu behandeln. Beide Beamte wurden ebenso wie Verreede und einige seiner Helfer verhaftet. Einer der Beamten hat bereits gestanden, von Verreede Geschenke entgegengenommen zu haben.

Die Sache hat, da sie unmittelbar dem großen Polizeibehördenskandal folgt, in der Öffentlichkeit große Begeisterung erregt.



# Erwerbslosigkeit stark gestiegen!

Die gleichgeschaltete Statistik kann es nicht ganz verbergen

Berlin, 10. Jan. Der Arbeitsmarkt stand — wie die Reichsanhalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung berichtet — im Dezember unter dem Einfluss des außergewöhnlichen Kälteeinflusses in der ersten Hälfte des Monats, der sich — Tiefenwirkung des Frostes — in der ganzen Berichtszeit hemmend bemerkbar machte. Die Außenarbeiten mussten dabei in erheblichem Umfang eingestellt werden und eine starke Belastung des Arbeitsmarktes blieb unvermeidbar. 343 000 bisher beschäftigte Arbeitnehmer wurden wieder in die Wartung der Arbeitsämter übernommen. In den vorhergehenden Jahren waren die Steigerungen im Dezember erheblich höher (1930 — plus 685 000, 1931 — plus 608 000, 1932 — plus 418 000). In Anbetracht des Umstandes, daß gegenüber dem November 1932 rund eine Million Arbeitslose mehr in den Außenberufen Arbeit gefunden haben und dadurch eine höhere Gefährdung des Arbeitsmarktes bestand ist die Zunahme in diesem Jahre gering.

Von dem Gesamtzugang sind rund 300 000 Angehörige der Außenberufe. Da aber gerade in den Außenberufen auch für die Folgezeit durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Arbeitsmöglichkeiten in außerordentlich starkem Umfang zur Verfügung stehen, so wird es im weitestlichen von der Bitterung abhängen, wann die entlassenen Arbeitskräfte wieder zur Einstellung kommen.

In den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken ist je nach der wirtschaftlichen Eigenartlichkeit und der Abhängigkeit von wintertypischen Einflüssen die augenblickliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes verschieden. Sie ist am stärksten in den Bezirken in Erscheinung getreten, in denen die Außenberufe überwiegen. Die industriellen Bezirke sind dagegen von dieser Entwicklung weniger betroffen. So kann z. B. in Brandenburg, Westfalen, Abensland, Hessen, in den mehr konjunkturell beeinflussten Berufsgruppen eine weitere Abnahme der Arbeitslosigkeit festgestellt werden, ein Zeichen für die stark nachteilige Einwirkung auf den Arbeitsmarkt.

Bei den Arbeitsämtern wurden Ende Dezember rund 4 058 000 gegen 3 715 000 Arbeitslose Ende November gezählt. Der Zugang entfiel in erster Linie auf die Arbeitslosenver-

sicherung (Stand rund 554 000) und Krisenfürsorge (Stand rund 1 175 000). Durch die Reichsanhalt wurden somit insgesamt rund 1 729 000 Hauptunterstützungsempfänger betreut neben 1 410 000 anerkannten Wohlfahrtsarbeitslosen. Die Zahl der von der Reichsanhalt geförderten Hilfsarbeiter ist infolge des Frostes um 123 000 auf 278 000 gefallen.

## Die Reichsbahn

Güterverkehr leicht gestiegen — Personenverkehr schwächer

Berlin, 10. Jan. Der Güterverkehr der Reichsbahn nahm im November 1933 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres, gemessen an der Zahl der arbeitsmäßig durchschnittlich gestellten Wagen, um 7,8 Prozent zu. Gegenüber dem Vormonat betrug die Zunahme 3,5 Prozent. Im Spiegel des Eisenbahngüterverkehrs betrachtet, zeigte die Wirtschafts- lage somit ein günstiges Bild.

Im Personenverkehr ist der November stets einer der schwächsten Monate im Jahre. Auch in 1933 ging der Reiseverkehr gegenüber dem Vormonat weiter zurück. Tagegenügte der Berufsverkehr eine leichte Aufwärtsbewegung. Eine Wirkung brachte eine Anzahl von Veranstaltungen, von denen u. a. der Gedenktag der nationalen Revolution in München 127, der Reichshandelsstag in Braunschweig 107, das Kriegsgipfeltreffen in Breslau 74 und das NSDAP-Treffen in Weisbaden-Süd in Dortmund 72 Sonderzüge erforderlich waren.

Die Betriebseinnahmen stellten sich auf 259,52 (258,28) Millionen Reichsmark; sie waren somit um 27,5 Millionen Reichsmark höher als im November 1932. Die Ausgaben erforderten insgesamt 301,06 (298,64) Millionen Reichsmark, so daß der November mit einer Mehrausgabe von rund 41,5 Millionen Reichsmark (40 Mill. RM.) abschließt. Der Personalbestand betrug am Ende des Berichtmonats 619 461 (620 791) Köpfe. Der Minderverbrauch ist in der Hauptsache auf den geringen Bedarf an Urlaubsvorteilern und auf vereinzelt freiwillige Ausscheiden von Arbeitern zurückzuführen.

# Elendseinkommen im „dritten Reich“

Durch Lohntüten nachgewiesen

Die Angaben über Löhne und Abzüge, die wir nachstehend veröffentlichen, entstammen einem häßlichen Betriebe im „dritten Reich“. Man beachte insbesondere die enormen Abzüge, die ein Viertel bis zur Hälfte des Lohnes konfiszieren. Diese Lohntüten entlarven zugleich den amtlichen Schwindel, der behauptet, das Sinken der Lohnsteuereinnahmen sei darauf zurückzuführen, daß zwei Drittel der Arbeiter und Angestellten wegen ihres geringen Einkommens nicht steuerpflichtig seien. Die Lohntüten zeigen, daß auch bei elenden Nettolöhnen die Steuer abgepreßt wird:

4. 11. 1933		11. 11. 1933	
Lohn RM. 32.—		Lohn RM. 32.—	
Steuer	1,50	Steuer	1,50
Krankenkasse	1,70	Krankenkasse	1,70
Inv.-Versicherung	1,—	Inv.-Versicherung	1,—
Erwerbslos.-Z.	1,52	Erwerbslos.-Z.	1,52
Arbl.-Hilfe	1,16	Arbl.-Hilfe	1,16
Beitrag	0,90	Beitrag	0,90
Volks-Soz.-Hilfe	0,14	Volks-Soz.-Hilfe	0,14
	7,97		7,97
	<b>9 RM. 24,08</b>		<b>9 RM. 24,08</b>

18. 11. 1933		25. 11. 1933	
Lohn RM. 32.—		Lohn RM. 32.—	
Steuer	1,50	Steuer	1,50
Krankenkasse	1,70	Krankenkasse	1,70
Inv.-Versicherung	1,—	Inv.-Versicherung	1,—
Erwerbslos.-Z.	1,52	Erwerbslos.-Z.	1,52
Arbl.-Hilfe	1,16	Arbl.-Hilfe	1,16
Beitrag	0,90	Beitrag	0,90
Volks-Soz.-Hilfe	0,14	Volks-Soz.-Hilfe	0,14
Bürgersteuer	1,50		
Obst.-Beihilfe	5,85	15,27	
	<b>9 RM. 16,78</b>		<b>9 RM. 21,08</b>

1. 12. 1933 (zwei Tage)	
Lohn RM. 10,66	
Steuer	0,50
Krankenkasse	1,70
Inv.-Versicherung	1,—
Erwerbslos.-Z.	0,50
Arbl.-Hilfe	0,37
Beitrag	0,95
Volks-Soz.-Hilfe	0,14
	5,16
	<b>9 RM. 5,50</b>

# Textilbelebung?

Zuversicht für 1934

Die „Rheinische Zeitung“ veröffentlicht über die Aussichten der Textilwirtschaft einen optimistischen Bericht.

Mit dem Jahreswechsel hat in der Textilindustrie ein neuer Anstrich eingelegt. Das Weihnachtsgeschäft war nach übereinstimmenden Meinungen aus vielen Teilen des Reichs über Erwarten günstig und hat im Verein mit der durch die Kälte vermehrten Nachfrage nach wärmerer Kleidung zu einem erheblichen Abbau der Lager-vorräte im Handel geführt. Infolgedessen haben die Abnehmer in größerem Umfang Neubestellungen erteilt. Es kommt hinzu, daß das Konjunkturausmaß bei Textilwaren zurzeit außerordentlich stark vermindert ist; infolgedessen laufen die Käufer augenblicklich kaum Gefahr, bei Auftragserteilungen zum Zweck der Lagerauffüllung in der nächsten Zukunft Verluste zu erleiden.

Der Auftragszugang in den Fabriken ist daher durchweg gestiegen.

Die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte hat zugenommen, in manchen der besonders begünstigten Industriezweige sogar in erheblichem Maße, und überall regt sich neue Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft. Eine Erhöhung der Fertigungslagen ist gegenwärtig eine Notwendigkeit, da die Lagerhaltung während der vergangenen Krisenjahre auf ein Mindestmaß herabgesunken war. Wenn daher die Käufer jetzt zu vermehrten Eindeckungen schreiten, solange ihnen günstige Preise hierzu Anlaß bieten, so handelt es sich nicht nur um Fälle aus Spezialfabriken, sondern auch in Erwartung einer weiteren Zunahme des Verbrauchs. Es ist außerordentlich bemerkenswert, daß trotz der langsam steigenden Umsätze die Preise für Textilfabrikate bisher nur sehr wenig oder fast gar nicht gestiegen sind. Auf dem wichtigsten Gebiet, dem der Baumwolle, hat sich der durchschnittliche Preisstand im Vergleich zu den Preisen zu Beginn des Vorjahres nur wenig verändert. In anderen Industriezweigen, wie z. B. in der Wollindustrie, die zur Zeit eine ausgedehnte Rohstoffkaufle erlebt, sind Preissteigerungen nach oben nicht immer zu vermeiden.

Die Inventurverkäufe, die dieses Jahr in den meisten Gegenden des Reichs nicht vor Ende Januar Anfang Februar beginnen, werden voraussichtlich ebenso wie das Weihnachtsgeschäft größere Umsätze als im Vorjahr bringen. Aus den Städten, in denen die Inventurverkäufe bereits begonnen haben, wird ein ähnlicher Verlauf berichtet. Auch für die „Reichen Wochen“ sind bereits umfangreiche Bestellungen auf Baumwolle und Feinwaren erteilt worden.

An der Baumwollindustrie haben die Produktion und die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte in der letzten Zeit zugenommen. Die Baumwollspinnereien und -Webereien sind größtenteils für die erste Hälfte des ersten Vierteljahres mit Aufträgen versehen. Weltweit war auch noch ein großer Vorratbestand vorhanden, daß die volle Reichshaus der Fabriken aufrecht erhalten und bald neue Arbeitskräfte eingestellt werden könnten. Immer mehr regt sich die Aussicht, daß mit einer Steigerung der Nachfrage für Baumwolle rechnen werden muß, und zwar nicht erst vom Zeitpunkt der Dollarkonjunktur-

on, sondern auch infolge des zunehmenden Verbrauchs an Baumwolle, der nicht nur in Deutschland, sondern auch in aller Welt stark ansteigt. Hochwertige Baumwollwaren und -garne sind in den Preisen noch etwas gedrückt, dagegen liegen die Standardsorten, für die teilweise bereits vor einigen Monaten innerhalb der Industrie Preisvereinbarungen zustande gekommen sind, besser. Es ist allerdings auch für die meisten Artikel ein steigender Absatz nötig, um die stark gedrückten Preise halten zu können. Nur viele Gewinne liegen die Notierungen wieder in bedeutender Nähe der Selbstkostenpreise.

Die Wollindustrie wird durch die Rohstoffkaufle stark beeinflusst. Gegenüber den niedrigsten Notierungen im Sommer 1932 während des Höhepunktes der Wirtschaftskrise sind die Notierungen für Rohwolle und Kammingzug zur Zeit bis um 60 Prozent gestiegen.

In den Kammgarn- und Strickgarnspinnereien herrscht daher ein überaus lebhafter Betrieb.

Die Unternehmen sind für die nächsten Monate voll beschäftigt und arbeiten vielfach mit doppelten und dreifachen Schichten, ohne den dringenden Lieferwünschen der Abnehmer entsprechen zu können. In manchen Artikeln ist bereits eine derartige Warenknappheit eingetreten, daß die Abnehmer bei den Fabriken vorprechen, um die Ware gleich mitnehmen zu können. Auch ein Teil der Strickgarnindustrie, die jahrelang stark hinterzogenen hat, ist zurzeit lebhaft beschäftigt, und zwar hauptsächlich die Betriebe, die Behördenaufträge auszuführen haben.

In der Kleiderstoff-Industrie hat sich das Weihnachtsgeschäft verhältnismäßig wenig bemerkbar gemacht; es wird jetzt mit neuer Kraft gearbeitet, um Aufträge für das Frühjahr hereinzuholen. Da die Preise für Wollegewebe infolge der höheren Rohstoffnotierungen seit Monaten nach und nach ansteigen, nehmen die Abnehmer wieder Neubestellungen vor.

Die Feinen-Industrie hat zur Zeit ebenfalls ein sehr gutes Geschäft zu verzeichnen. Die Spinner wählen vielfach ihre Lieferzeiten verlängern, und manche Nummern und Qualitäten sind ausverkauft oder um mit längeren Lieferzeiten lieferbar. Im Laufe der letzten Monate ist eine Anzahl von stillgelegten Spinnereien neu in Betrieb gesetzt worden. Trotz der hierdurch vermehrten Produktion ist keine Absatzkrise zu verzeichnen. Im Gegenteil, der Beschäftigungsgrad ist gegenwärtig so gut wie seit Jahren nicht, und es konnten viele neue Arbeiter eingestellt werden. Auch in der Feinweberei ist ein sehr lebhafter Betrieb zu verzeichnen. Die zahlreich vorliegenden Bestellen-aufträge haben der Industrie eine starke Anreize verschafft. Auch für die „Reichen Wochen“ haben die Abnehmer umfangreiche Aufträge erteilt. Trotz der gestiegenen Rohstoffpreise nach reinen Erzeugnissen ist die Industrie bemüht, solange wie möglich ihre Preise zu halten. Bisher sind nur geringe Preissteigerungen eingetreten, da man sich den Wünschen der Volkswirtschaft Rechnung tragend, in der Preispolitik starke Beschränkungen auferlegt.

über die Schifffahrt. Die Frage der Schulen ist im Abkommen nicht berührt.

## Sowjetrußland kauft holländische Schiffe

Amsterdam, 11. Jan. Sowjetrußland legt das Auktionsstillgelegter holländischer Schiffe fort. Neuerdings sind drei Schiffe zu 1 100, 2 100 und 2 200 Bruttotonnen nach Rußland verkauft worden.

Belgrad, 11. Jan. In Jugoslawien werden jetzt japanische Bleistifte und Fahrräder zu besonders billigen Preisen angeboten. In Kragin wurde ein Zentralvertriebsbüro für japanische Waren gegründet.

## Inflation oder Staatszuschuß

(Anpreis): In der Zeitschrift „Gans“ äußert sich der Vorkandidat der Hamburg-Amerika-Linie Oberst über die Lage der deutschen Handelschifffahrt. Entscheidend für den Geschäftsgang bei den Schifffahrtsgesellschaften seien in erster Linie die Währungsfragen der Welt. Immer wieder sei die deutsche Schifffahrt Rückschlägen auf diesem Gebiete ausgesetzt, denen standhalten ohne staatliche Unterstützung auf die Dauer unmöglich sein müsse.

## Nicht einmal Marmelade

Selbst der Absatz von billigstem Brotaufstrich geht zurück

In der Gemüservwertungsindustrie wird nach dem Monatsbericht des Reichsverbandes der deutschen Obst- und Gemüservwertungsindustrie e. V., Berlin, auch für Dezember eine Preisdepression festgestellt. Die Nachfrage nach Obstkonserven hat stark nachgelassen, jedenfalls härter als zur gleichen Zeit im Vorjahr. Das Weihnachtsgeschäft hat keine wesentliche Belebung gebracht.

Der Absatz in Marmeladen und Pflaumenmus war im Berichtsmontat geringer als sonst. Immerhin war das anhaltende Frostwetter in mancherlei Beziehung günstig, mindestens für den Pflaumenmusverbrauch. Der Absatz der Fertigprodukte in Gelee und Obstkraut hielt sich durchweg in normalen Grenzen, nur in Einzelfällen machte sich bei Großverbraucher das Bestreben bemerkbar, sich zu den alten billigen Abschlußpreisen noch auf längere Zeit einzudecken. Das Geschäft in Fruchtstücken hat sich im Dezember belebt, es handelt sich dabei um eine saisonmäßige Erscheinung, da Himbeerstift, wie überhaupt Fruchtstücke, für die Feiertage viel Verwendung finden. Die Umsätze im Dezember 1933 sind aber hinter denen des gleichen Monats im Jahre 1932 zurückgeblieben. Der Absatz von Apfelsinen ist hervorgerufen durch die ungünstige Jahreszeit, gering gewesen. Hinzu kam der starke Frost, der den Versand unmöglich gemacht hat. Die Nachfrage nach Birnenweinen, insbesondere Heidelbeerwein in Süddeutschland ist lebhafter geworden, doch erreicht sie bei weitem nicht den in früheren Jahren erzielten Umsatz.

Die „Rheinische Zeitung“ bringt das unter der Überschrift „Konservenindustrie zufrieden“.

## Weniger Bier

Bericht von Schultheiß-Patzenhofer

Ueber die Geschäftslage wurde im Anschluß an die Nr. 40 ausgeführt, daß der Bierabsatz in den bisher verstrichenen vier Monaten des Geschäftsjahres hinter der Vergleichszahl des Vorjahres zurückgeblieben sei. Die Wirtschaftsbetriebe haben sich noch nicht im Brauereibereich nachteilig durchsetzen können. Die frühzeitig bereits im Dezember eingetretene Frostperiode habe es zwar ermöglicht, den sehr erheblichen Eisbedarf im Inland zu decken, doch sei andererseits dadurch ein vermindertes Bierablos zu verzeichnen. Wenn man im Januar keine erheblichen Frostperioden mehr bekäme, so hoffe man, die Winternachfrage des Dezemberablos anzuschließen zu können. Man lasse sich nicht von dem gefunden Optimismus abbringen, daß bei einer befriedigenden Lösung der Biersteuerfrage auch ein befriedigendes Ergebnis zu erzielen sein werde.

## „Christliches Geschäft“

Wann ist die Bezeichnung sittenwidrig?

Das Landgericht Breslau hat die Bezeichnung „Christliches Spezialgeschäft“ einer offenen Handelsgesellschaft untersagt, in der ein Gesellschaftler getaufter Sohn eines Juden war. Der Beklagte stellt fest, daß der Gesellschaftler zwar evangelisch sei, gleichwohl aber nicht „arischer Rasse“, da sein Vater noch „mosaischen Bekenntnisse“ gewesen wäre. Auf die Rassenzugehörigkeit, nicht aber auf das Bekenntnis komme es entscheidend an. Deshalb sei die Bezeichnung „Christliches Spezialgeschäft“ irreführend und zugleich sittenwidrig.

## Frankreich Sowjet-Rußland

Paris, 10. Januar. Das französisch-sowjetische Handelsabkommen, das am Mittwochnachmittag im Handelsministerium paraphiert worden ist und am Donnerstag um 11 Uhr im Außenministerium unterzeichnet wird, stellt ein Provisorium dar.

Die französische Regierung gewährt mit diesem Abkommen allen russischen Erzeugnissen, die keine Konkurrenz für französische Erzeugnisse darstellen, Zollbehandlung nach dem Mindesttarif. Wenn die Gefahr der Konkurrenz auftritt, soll sie durch die Anwendung von Kontingenten behoben werden. Die Sowjetunion verpflichtet sich, im Laufe eines Jahres Aufträge in Höhe von 250 Millionen Franken an Frankreich zu vergeben. Frankreich hat sich bereitgefunden, der Sowjetunion Kredite zu gewähren hinsichtlich der Diskontierung der sich aus den Aufträgen ergebenden Wechsel. Die französische Regierung gewährt der Sowjetunion ferner das Recht eine offizielle Handelsvertretung in Paris zu unterhalten. Die französische Regierung wird einen Handelsvertrag mit Moskau erörtern.

Die Abmachung ist durch die Unterzeichnung von Moskau



# Einbruch der Barbarei ins Strafrecht

## Das Ende der „Humanitätsduselei“

Nach nationalsozialistischer Auffassung stand im Mittelpunkt der bisherigen Strafrechtspolitik der Verbrecher. Man sorgte sich darum, ihm nicht wehe zu tun. Man versenkte sich liebevoll in seine Seele und suchte seine Eigenart zu verstehen. Man betrachtete ihn mit mitleidigem Bedauern als ein Produkt seiner Umwelt. So sah — Herr Dr. Freisler, Staatssekretär im preußischen Justizministerium, verrät es uns — die deutsche Strafrechtspolitik aus. Die Abschaffung des Schutzes des keimenden Lebens wurde zum Programmpunkt jener das „destruktive“ System stützenden Parteien erhoben, und Versammlungen, die sich mit dem § 217 befaßten, standen „unter dem Schutze von Dirnen und Zuhälterbanden“. Die neuen Machthaber haben also weidlich nachsinnen müssen, da weder das alte Strafrecht noch der Strafgesetzentwurf, wie Herr Kerrl höchst persönlich ausführt, zur Grundlage des neuen Strafrechts gemacht werden konnten. So ist denn das, was als „Nationalsozialistisches Strafrecht“ (R. v. Deckers Verlag — G. Schenck-Berlin) in einer Denkschrift der Öffentlichkeit unterbreitet wurde, ein krampfhafter Versuch, die nationalsozialistischen Doktrinen auch im Strafrecht zum Ausdruck kommen zu lassen. Da dieser Entwurf von einer Reihe von Juristen gemacht wurde — unter ihnen finden wir den Senatspräsidenten Professor Dr. Klee, im übrigen aber meist unbedeutende Gerichtsassessoren, Staatsanwälte und Oberstaatsanwälte —, ist er immerhin ein Stück Facharbeit und der ersten Betrachtung wert.

Zwei wesentliche Gesichtspunkte kommen zum Ausdruck. Einmal die Militarisierung des Strafrechts und ferner der Wunsch, jenen Normaltyp des Deutschen zu schaffen, von dem der deutsche Staatsanwalt träumte, wenn er, wie im Falle George Groß, die Frage stellte: wie wirkt das Bild auf den „normal“ empfindenden Bürger. Als ein drittes Kennzeichen des Entwurfs wird die Barbarisierung des Strafvollzugs und die Wiedereinführung der Todesstrafe, die jetzt bereits in Deutschland in einem Ausmaß angewandt wird, wie das seit siebzig Jahren in Deutschland nicht der Fall war, Erwähnung finden.

An erster Stelle der Gesetzesreform steht der Schutz der Staatsordnung. Für den „Landesverrat“ wird nicht nur als Höchststrafe 15 Jahre Zuchthaus, sondern in besonders schweren Fällen Todesstrafe vorgesehen. Ein neuer Begriff ist „Landesverrat durch Grauelhefte“, wonach verurteilt werden kann, wer „vorsätzlich eine unwahre oder gräßlich entstellte Behauptung tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, um dem Wohl des Reiches oder eines Landes durch Herabwürdigung ihres Ansehens im Auslande zu schaden“. Aber man geht im „Staatschutz“ noch weiter. Kein Erfinder darf heute seine Erfindung im Ausland anbieten, wenn er sie nicht vorher den deutschen Behörden zur Uebernahme angeboten hat. Eine solche Tat ist bereits Landesverrat.

Einen neuen Hochverratsbegriff haben die Nationalsozialisten übrigens aus ihren Erfahrungen geschaffen. Während das bisherige Strafrecht nur den versuchten Hochverrat kannte — den vollendeten Hochverrat zu praktizieren blieb den Nationalsozialisten vorbehalten —, schafft der neue Entwurf den strengen, aber unklaren Begriff des „schweren Hochverrats“. Der „schwere Hochverrat“ wird gekennzeichnet durch die Anwendung gewalttätiger Mittel, aber auch schon durch die unmittelbare Richtung eines Angriffs auf die Staatsordnung und den Staatsraum. Derartige Vergehen werden zukünftig mit dem Tode bestraft! Ein Hochverräter, ein schwerer oder auch ein leichter, muß nach dem Entwurf immer sein Staatsbürgerrecht verlieren, und, so grotesk es klingen mag, für den Fall des „schweren Landesverrats“ ist auch die Achtung durch Reichsverweisung vorgesehen. Daß man jeden Streik als eine hochverräterische Handlung ansieht und sich ausdrücklich auf die bereits schon erlassenen Verordnungen vom 20. Februar beruft, sei nur nebenbei erwähnt.

Die Militarisierung des Strafrechts zeigen die Vorschläge der Bestrafung wegen „Beischimpfung des Reiches“, „Staatsverleumdung“, Herabwürdigung der „Reichsorgane“ (Horn-Bessel-Vied) und Verletzung der Hoheitszeichen, woraus deutlich hervorgeht, daß man eine Uniformierung im Denken und Handeln der Untertanen wünscht. Unter diese Kategorie fallen auch die schweren Strafordrohungen — die im übrigen in das freie Ermessen des Richters gegeben sind — für Angriffe gegen die nationalsozialistische Volksbewegung, Angriffe auf Leib und Leben höchster Staatsorgane usw.

Dagegen nimmt man es mit dem Schutz der Wahlen und der Abstammung nicht so genau, da in dem jetzigen Führerstaat, wie wollen es festhalten, solche „Wahlen und Abstammungen nicht die ausschlaggebende Bedeutung, die ihnen bisher beigemessen war“, haben.

Die Wehrmacht ist besonders geschützt. Ihre Einrichtungen dürfen nicht verächtlich gemacht werden, und wenn eine solche Verächtlichmachung im Kriege oder bei drohender Kriegsgefahr erfolgt, wird der Täter als Hochverräter bestraft!

Die Nationalsozialisten, die vor nicht gar zu langer Zeit erklärten, daß sie keiner drakonischen Strafen bedürften, um Ordnung zu schaffen, müssen ein sehr schlechtes Gewissen haben. Sie wollen sogar denjenigen bestrafen, der, wie sie es ausdrücken, „böswillige Beunruhigung“ in der Bevölkerung hervorruft. Das heißt also: Leute, die Gerüchte kolportieren, kommen ins Gefängnis.

Ist man diesen Missetätigen gegenüber sehr hart, so wird die Mensur sowieso heilig gesprochen und steht nur bei tödlichem Ausgang unter Strafe.

Ein ganz neues Kapitel ist dem Entwurf eingefügt worden, das sich mit dem „Schutz von Rasse und Volkstum“ beschäftigt. Man stellt einleitend fest, daß es sich bei den Juden nicht um eine Rasse, sondern um „Angehörige fremder Blutgemeinschaften“ handelt, „weil die Juden keine Rasse, sondern ein großes Rassenmischdasein darstellen, das aber durch die jahrhundertelange Inzucht zur Blutgemeinschaft geworden ist“. Als „Rasseverrat“ wird im Sinne der Wehrhaftigkeit bestraft, wer sich mit einem Fremdrassigen vermischt. Beide Teile sind strafbar. Die farbigen Rassen sind per se, und wer sich öffentlich mit Angehörigen fremder Rassen zeigt, macht sich bereits der „Verletzung der Rassen Ehre“ schuldig. „Rassengefährdung“ (auch das ist ein strafbares Delikt) begeht, wer es unternimmt, gegen die sonstigen zur Pöcherhaltung und Veredelung der deutschen Blutgemeinschaft ergangenen gesetzlichen Vorschriften zu verstoßen oder den Aufklärungen über dieses Gebiet böswillig entgegenzuwirken.

Interessant ist, daß die nationalsozialistische Staatsführung die Grabstörungen unter hohe Strafe stellt, obwohl durch ihre Angehörigen, nach einer bekannten Denkschrift des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens mehr als dreihundert solcher Grabstörungen unternommen wurden.

Gegen die „Zerfetzung der moralischen Volkskraft“ werden gleichfalls strenge Strafen vorgeschlagen. Niemand darf den „Willen zur wehrhaften Selbstbehauptung des deutschen Volkes“ lähmen oder zerfetzen. Niemand darf daher den „natürlichen Willen des deutschen Volkes zur Fruchtbarkeit“ unterbinden. Ueberhaupt ist man im Lande des Herrn Röhm außerordentlich stillos. Der § 175 soll übernommen werden. Selbstverständlich auch der § 218 in verschärfter Form. Frauen- und Kinderhandel wird neu als Delikt gekennzeichnet. Unter das Kapitel Sittlichkeit hat man auch den Tierchutz eingereiht, dem man ganz besondere Aufmerksamkeit schenkt.

„Volkshehre und Volksfrieden“ gilt es zu schützen. Neue Strafdelikte wie „Volksverleumdung“, „Volksverhetzung“, bei denen man auf Entziehung des Staatsbürgerrechtes erkennen kann, werden vorgesehen. Behe dem, der die geschichtlichen Leistungen des deutschen Volkes anders beurteilt als die gegenwärtige Regierung! Das Volksgut soll behütet werden. Die nationale Kr-

beitskraft darf nicht geschwächt werden, mit anderen Worten: Streikverbot. Der „wirtschaftliche Landesverrat“ ist neu eingeführt worden, denn es gilt in Deutschland auszurüsten. Begriffe wie „Gefährdung von Betriebs- und Verkehrssicherheit“ oder „Gefährdung des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft“ zeigen, wohin das neue Strafrecht gebracht werden soll.

Den Begriff des „Normalbürgers“ erläutert der Abschnitt über den „Schutz der Familie“ am besten. Man höre, wie man sich diesen Typ denkt: „Die Ehe, die eheliche Mutterchaft und das Verlöbniß sind unantastbare Grundlagen von Volk und Staat. Wer sie in Wort oder Schrift niederzieht oder schmählt, ist zu bestrafen.“ Der Ehebruch kommt unter Strafe, jedoch nur auf Antrag des verletzten Ehegatten. Zu bestrafen ist, wer sich oder anderen die Fähigkeit, gesunde Kinder zu erzeugen oder zur Welt zu bringen, dauernd zerstört.

In den allgemeinen Vorschriften, die dem Entwurf nachgestellt sind, während sie früher immer dem Strafgesetzentwurf vorangingen, ist der Grundsatz aufgefaßt, daß auch eine Strafe ohne Gesetz möglich ist. „Ist aber eine nicht ausdrücklich für strafbar erklärte Handlung nach gesunder Volkanschauung sittlich verwerflich und wird eine Bestrafung von dem einem bestimmten Strafgesetz zugrunde liegenden Rechtsgedanken gefordert, so hat der Richter für die Tat eine Strafe innerhalb des Rahmens des entsprechend angewendeten Strafgesetzes festzusetzen.“

Neu eingeführt wird auch der an die germanische Sippenhaftung erinnernde „Begriff der Strafbarkeit der Unterlassung“ bei sittlicher Pflicht zum Handeln. Der Begriff „Verfuch“ wird ersetzt durch den Begriff „Unterehmen“, wobei praktisch herauskommt, daß der Versuch gleich der vollendeten Tat bestraft wird. Das Notwehrrecht wird für Minderwertige eingeschränkt, denn es heißt, daß die Verteidigung rechtswidrig ist, die nach gesunder Volkanschauung einen erheblichen Mißbrauch des Notwehrrechtes darstellt. Also wehe dem, der einen SA-Mann, der einen Andersdenkenden quält, abzuwehren wagt!

Der Entwurf schließt mit dem Kapitel „Strafen und andere Maßnahmen“, in dem mit der „Humanitätsduselei“ außer bei Unzurechnungsfähigen gebrochen wird. Der Verbrecher muß die ganze Schwere des Gesetzes zu spüren bekommen. Darum Wiedereinführung der Todesstrafe, die immer durch Enthauptung zu vollziehen ist, es sei denn, daß eine besondere Regierungsanordnung die Vollstreckung durch Erhängen bestimmt. Die körperliche Züchtigung wird als Zusatzstrafe eingeführt. Begründet wird diese Barbarei damit, daß die Züchtigung stark abschreckende Wirkung habe und eine besonders eindringliche Sühne sei. Sie gibt die Möglichkeit, langfristige Freiheitsstrafen durch verschärfte kürzere Strafen zu ersetzen. Fastentage werden ebenfalls bei kürzeren Freiheitsstrafen als Zusatzstrafen vorgeschlagen. Dem Richter ist ein weit stärkeres freies Ermessen gegeben, als er bisher jemals hatte. Es kommt den neuen Herren in Deutschland nicht darauf an, durch die Strafe zu bessern, sondern, wie ehedem, den Rechtsbrecher physisch und psychisch zu vernichten. In dem neuen Entwurf feiert die Barbarei herrliche Urstände.

## „Die Kirche hat zu retten!“

Dokumente zum Protestantenkrieg gibt die soeben erschienene neue Nummer der Zeitschrift „Die kommende Gemeinde“. Die Dokumente beginnen mit der Erklärung des Evangelischen Kirchenausschusses zur Reichstagswahl im März und schließen mit dem Rücktritt des Kirchenministeriums. Die Auswahl ist nicht sehr objektiv, das Blatt sieht zwar den „Deutschen Christen“ nahe, ist aber kritisch und gleichzeitig nazisch.

Von den bisher nicht oder nur wenig bekannten Dokumenten wollen wir einiges zitieren. So erschienen im Juni 1933 zwölf Thesen der Jungreformatorischen Bewegung, deren letzte lautet: „Wir bekennen uns zu dem Glauben an den Heiligen Geist und lehnen deshalb grundsätzlich die Ausschließung von Nichtariern aus der Kirche ab, denn sie beruht auf einer Verwechslung von Staat und Kirche. Der Staat hat zu richten, die Kirche hat zu retten.“

Das Blatt bringt dann die Erklärung der Opposition auf der Preussischen Generalsynode, in der festgestellt wird, daß die Majorität „ohne die dringend erforderliche kirchlich-theologische Befähigung und ohne klärende und vorbereitende Aussprache“ handelt. Weiters: „Daß der rücksichtslose Gebrauch der Macht über Gestalt und Wesen“ der Kirche entscheidend ist. Aus dem Gutachten der Marburger Theologischen Fakultät werden 10 Stellen abgedruckt. Dagegen ist eine Aufzählung von Ansprüchen „Deutscher Christen“ sehr dankenswert: „Kirchenrat Völkner hat im „Neuen Volk“: Christus ist zu uns gekommen durch Adolf Hitler...“ Landesbischof Bene Braunschwieg: „Es gibt ein Volk für die Toren des 3. Reiches, und gäbe es das nicht, dann hätte das Sterben in den Jahren des Kampfes keinen Sinn.“ Der anhaltische Landesbischof hat anacordnet, daß aus der Landeskirche Ausgetretene bis 31. Dezember zurückkehren sollen, sonst für alle Zeit von der Kirche getrennt bleiben und jeder viarantische Dienst an ihnen disziplinarisch geahndet wird. Weitere untaugliche Kinder müssen bis Oetern getauft, ungetraute Paare bis zum gleichen Termin getraut sein; im Unterlassungsfall

hat der Gemeindeführer über den Ausschluss aus der Kirche zu beraten. Nur bei triftigen Gründen ist Trauung solcher Paare zu späterem Termin gestattet. Nicht konfirmierte ältere Personen haben zehnjährigen Vorbereitungsdiens durchzumachen. Nichtkonfirmierte sind alle kirchlichen Rechte zu verjagen.“

Ende September verfügte der Magistrat von Schmalkalden: „Das städtische Wohlfahrtsamt ordnet hiermit an, daß alle Unterstützungsempfänger an dem festgelegten Gottesdienst (anlässlich des Grubedankfestes) in der Stadtkirche teilnehmen. An diesem Tage soll der einzelne Mensch gezwungen werden, darüber nachzudenken, wer Speise und Trank täglich für alle Menschen schafft. Nur dann wird ein Volk wieder zum Aufstieg kommen, wenn die Religion und der Glaube an Gott hochgehalten wird. Es werden Kontrollen stattfinden, ob alle Unterstützungsempfänger der Stadt wirklich erscheinen.“

Diesen Proben neuen Christentums folgt das Bize-Dialekt Erloß gegen die „Deutschen Christen“, die Entschleunigung der „Deutschen Christen“ im Sportpalast, die Erklärung Müllers gegen die Sportpalastleute und eine Erklärung des Pfarrers-Rotbundes, dem 3000 Pfarrer angeschlossen sind. Der vierte Punkt ist gegen den Arier-Paragrafen. „Der Pfarrers-Rotbund steht unter der Führung eines früheren U-Boot-Kommandanten, des Pfarrers Niemöller in Berlin-Dahlem.“ Ein pommerischer Pfarrer las seiner Gemeinde am 10. November eine Erklärung gegen Reichsbischof und Landesbischof vor, in der u. a. den Gleichgeschlechtlichen vorgeworfen wird, daß sie Straßengesetze erlassen haben, die dem Sinn und Geist des Evangeliums von Jesus Christus widersprechen, daß sie Gewalttat in der Kirche getan und geduldet haben, daß sie in Predigten und Schriften und Medien öffentlich Irreführer verurteilen haben, daß sie endlich die alleinige Regel und Maßstab unserer Glaubens, die Heilige Schrift alten und neuen Testaments öffentlich gelästert und geschändet haben.“

Dem Abdruck dieses Dokuments folgt die Wiedergabe der bekannten Forderungen des Rotbundes.

Schließlich heißt es: „Eine von der Kirchenregierung beabsichtigte Auflösung der Deutschen Christen und des Pfarrers-Rotbundes (Jungreformatorischen) ist nicht erfolgt, so daß wir auf eine zweite Phase der innerkirchlichen Auseinandersetzung gefaßt sein dürfen.“

## Der Kirchenkrieg

### 206 Pfarrer in der Provinz Sachsen

206 Pfarrer haben an den Bischof von Magdeburg und Merseburg, Dr. Peter, eine von ihnen unterzeichnete Entschleunigung überreicht, in der ihm das Vertrauen abgesprochen wird. In der Entschleunigung heißt es, daß der Bischof „der Exponent jener Gruppe ist, die durch Gewalt und Terror die Macht in der Kirche an sich gerissen hat“ und daß er „im Kampf um die Glaubensbewegung der Deutschen Christen an der Spitze derjenigen stand, die das Vertrauen der unterzeichneten Pastoren nicht haben“. Die Opposition fordert den Bischof auf, sein Amt niederzulegen.

### 140 Pfarrer Schleswig-Holsteins

140 Pastoren haben den Bischof von Schleswig-Holstein angefordert, seinen Rücktritt zu erklären, da er das Vertrauen der Gläubigen nicht besitze.

### Protest in Sachsen

In Sachsen bildet sich neuerdings innerhalb der evangelischen Kirche ebenfalls eine ernsthafte Opposition. Der Bischof der Deutschen Christen, Koch, leitete in der sächsischen Synode ein neues Glaubensbekenntnis von 28 Artikeln vor, das durch die Synode, die in der Mehrzahl aus Nazis zusammengesetzt ist, angenommen wurde. Rannoch hat eine größere Anzahl von Pastoren, unter Führung des Dresdener Pfarrers Rausch, erklärt, daß sie den neuen 28 Artikeln Widerstand leisten und verwerfen werde, weil ihr Inhalt mit der Doktrin der evangelischen Kirche nicht übereinstimme.



## Der Weg zurück

### Aus dem Konzentrationslager in die Heimat

Ein Brief

Uns wird folgender Brief zum Abdruck zur Verfügung gestellt. Geschrieben hat ihn ein Mann, der nach monatelanger Haft im Konzentrationslager um die Weihnachtszeit entlassen wurde. Er hatte nichts getan — aber die einfache Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie ist schon eine Tat, die die Roche des Faschismus herausfordert. Mühselig unterdrückt der Autor im Uberschwang der Wiedersehensfreude alle Furchtbarkeiten dieser sechs Monate. Aber gerade darum ist dieser Brief ein menschliches Dokument. Ein Zeugnis für die menschlichen Unterschiede zwischen Quälern und Gequälten . . .

Liebe Grete!

Vielen herzlichen Dank für Deine lieben Zeilen, die uns heute am Neujahrmorgen erfreuten. War das ein schöner Gruß!

Ihr könnt Euch wohl denken, daß ich von all dem, was ich erlitten, noch ganz krank bin. All die Dinge könnt Ihr Lieben ja nur ahnen. Ach, wir glaubten alle an Weihnachtsabend noch gar nicht, daß ich mit den Kindern und Else am Lichterbaum saß und die Freude an all dem, was Trude mit viel Liebe für sie zurechtgemacht hatte, erleben sollte. In mir und Else lebte der Schrecken der angstvollen Tage und all dessen, was mir widerfahren. Und doch, es war ein großes Glück zu nennen, daß ich wieder bei meinen Lieben sein konnte. Ich hätte ja lieber an dem Tage sterben mögen, als ich meine geliebten Heimatberge aus so traurigem Anlaß

wieder entdeckte. In den schlimmsten Stunden, die ich durchlebte, kam mir oft in der Verzweiflung der Gedanken, aller irdischen Qual ein Ende zu bereiten. Aber dann standen mir meine beiden lieben Kinder, Else und ihr Leben vor Augen, alle die lieben Menschen, an denen man hängt. Das alles zu Papier zu bringen, ist gar nicht möglich. Hoffentlich sehen wir uns einmal gesund wieder, dann können wir darüber sprechen.

Alles ist mir wie ein furchtbarer Traum. Mir zittern die Füße, als ich am Tage vor dem Weihnachtsabend spät abends wieder vor unserer Wohnung stand. Wer kann so ein unerwartetes Wiedersehen jemals empfinden? War ich ein Geist, war ich Wirklichkeit, was da als ein armes Häuflein Mensch in der Winterkälte bei seinen Lieben an die Tür klopfte? Mit kurzgeschorenen Haaren, so erkältet, daß ich kaum sprechen konnte, noch in den Sachen, wie ich fortging, so stand ich da wie ein Bettler mit freudig erregtem Herzen, überwältigt vom Gefühl des Geborgenseins, mit Tränen in den Augen vor Else. Mein erster Gang war in die Kammer zu den Kindern, die mich freudig küßten. Was hat man nicht schon alles durchlebt! Die Schrecknisse des Weltkrieges, die Gefahr des Todes, in der ich so oft gestanden und der ich so oft entronnen, sie verlassen vor dem, was hinter mir liegt. Weil ich körperlich so elend war, brachte mir gestern eine Nachbarin, deren Eltern in der Nähe eine Wirtschaft besitzen, ein Huhn zur Stärkung. Die Menschenliebe ist doch das größte Zeugnis guten menschlichen Geistes in der Welt . . .

## Zahlen, bitte!

Herr Direktor Ix kauft ein Automobil, lackiert in modernsten Nuancen, die Bezahlung hat Zeit, sechs Monate Ziel, man verkauft heut bei schlechtesten Chancen. So wie der Direktor führt mancher herum, Denn die Gläubiger halten noch stille; dem Direktor gehören; Motorengerbrumm, Benzin und die Autobrille.

Wer die Dinge kennt, bleibt stumm und denkt, da die Autofahrer noch prahlen: Man bekommt nichts umsonst und bekommt nichts geschenkt und man muß für alles bezahlen!

Ein kleiner Kommiss mit kargem Gehalt muß sich einen Mantel besorgen, denn der heurige Winter wird bitter kalt und die Schneider sind brav und borgen. Ein neuer Mantel macht fesch den Herrn und hat alles zum Bessern gewendet, doch die schönsten Stoffe sind schlecht und gern zerrissen, wenn man uns pfändet.

Wer die Schneider kennt, bleibt stumm und denkt, statt im neuen Mantel zu prahlen: Man bekommt nichts umsonst und bekommt nichts geschenkt und man muß für alles bezahlen!

Herr Diktator Ix erwirbt einen Staat samt Menschen fett und mager, samt Gefängnis, Henker und Bürokrat, samt Rundfunk und Aufenthaltslager. Zwar: die Rechnung ist noch nicht aufgestellt, doch hört man, daß sie schon addieren, denn so ein Staat kostet riesiges Geld und der Käufer muß etwas riskieren.

Vielleicht, daß einer, der heute noch lenkt, von denen, die soviel befohlen: mit einem Mal weiß, man bekommt nichts geschenkt und man muß für alles bezahlen!

Wenzel Sladek.

## Die Hexenküche von Spandau

### Beiträge zur Psychologie des Hitlerwählers

Europa staunt über den seltsamen Geisteszustand, dem das „Volk der Lichter und Denker“ verfallen konnte. Man kann nicht begreifen, wie es zu all dem Aberwitz: Bücherverbrennung, Schandpfehl, Rassenwahn, Christusaufordnung, wissenschaftlicher Charlatanerie auf allen Wissensgebieten kommen konnte. Man wundert sich, wie ein 60-Millionen-Volk so ohne Widerstand den hohlststen Phrasen gerissener politischer Freibeuter erliegen konnte. Wenige Jahre systematischer Verdummung haben genügt, um aus der Bevölkerung eines Landes, das sich einer Philosophie der reinen Vernunft und einer „Stadt der Intelligenz“ rühmen konnte, das zu machen, was zu ersehen ist aus einem (wortwörtlich wiedergegebenen) Bericht einer Berliner Zeitung, des „Westens“. Ein Zeitdokument der Dumm- und Abergläubigkeit, der im 20. Jahrhundert ein Volk verfallen ist, das durch tausend Mittel der Propaganda Tag um Tag völkischen Aberwitz — Dämonen im Sowjetkeller und dergleichen — eingetrichtert bekommt. Mehr als ein Zeitdokument: eine Psychologie des Hitlerwählers.

„Geisterwelt wird gegen einen Untermieter mobilisiert.

Der Spandauer Laternenanzünder M., so schreibt die „Berliner W.-Zeitung“, hätte allen Grund gehabt, mit seinem Schicksal zufrieden zu sein, wenn ihm sein Untermieter nicht das Leben sauer gemacht hätte. Dieser Mieter war von einer geraderu rührenden Anhänglichkeit. Er wollte um keinen Preis aus der Wohnung ziehen; weder Prozesse noch gültliches Zureden vermochten ihn aus den lieb gewordenen Räumen herauszubringen. Nachdem alle irdischen Mittel versagt hatten, ging dem Laternenanzünder ein neues Licht auf und er beschloß, die Geisterwelt gegen den starrköpfigen Untermieter zu mobilisieren.

Seit langem hatte er von den glänzenden Beziehungen seiner Spandauer Dame, Frau von J., zu dem Geisterreich gehört. Also wurde Frau von J. zu Hilfe gerufen. Nachdem sie einen gründlichen Lokalaugenschein vorgenommen hatte, befahl Frau von J. Salz und Mehl auf den Boden zu streuen und gut durcheinander zu rühren. Und siehe da! Das Mittel wirkte. Ob die Geister wirklich zu nächtllicher Stunde dem Untermieter den Schlaf von den Lidern scheuchten oder ob ihm die breite Pfütze auf dem Fußboden nicht behagte, bleibe dahingestellt. Jedenfalls verschwand er nach drei Tagen aus der Wohnung und

damit war auch Frau v. J.'s Ruf als Zauberin bei dem Ehepaar felsenfest begründet.

„Drei Tropfen Menschenblut: macht 9 Mark.“ Herr M. war daher eines Tages nicht wenig bestürzt, als Frau von J. ihm unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitteilte, daß seine Gattin es mit der ehelichen Treue nicht genau nehme. Dieselbe Öffnung machte die Magierin der Ehefrau, und damit beide nicht auf den Gedanken kämen, durch eine gegenseitige Aussprache den Schwindel zu verderben, wurde derjenige, der das Geheimnis verraten sollte, mit Tod und Verdammnis bedroht. Inzwischen ging Frau von J. energisch daran, die angeblich aus den Fugen geratene eheliche Harmonie wieder zusammenzuleimen.

Zuerst bekam der Ehemann die Weisung, seiner Frau eine Zrise Alsun unter das Kopfkissen zu legen. Um es besonders gut zu machen, legte M. seiner Gattin gleich eine ganze Tüte unter das Kissen. Aber nun wurde Frau M. erst recht wütend, weil sie dachte, ihr Mann wolle ihr einen Schabernack spielen. Bei Frau M. mußte ein anderes Mittel herhalten. Um dem Casanova von Laternenanzünder seine Untreue abzugewöhnen, wurden drei Tropfen Menschenblut benötigt. Frau von J. beschaffte es von einer freundlichen Nachbarin und präsentierte es nebst der Rechnung: „Drei Tropfen Menschenblut macht zusammen 9 Mark.“ Und Frau M. bezahlte anstandslos . . .

Die Dämonen im Sowjetkeller. Ein anderes Mal mußte Frau M. 69,85 Mk. dafür bezahlen, daß die Zauberin sich in den Keller der Sowjetbotschaft warte, wo sie finstere Gestalten mit drohend gezückten Dolchen hypnotisierte. Angeblich hatte der brave Laternenanzünder einen Vertrag mit Rußland, von dem er unbedingt befreit werden mußte . . . Als die Zauberin bei einer anderen Gelegenheit entdeckte, daß 40 Flaschen Wein, die Frau M. besaß, vergiftet seien, nahm sie die Flaschen aus purer Fürsorglichkeit an sich.

Um 300 Mark wurde das Ehepaar auf diese Weise erleichtert, bis M. eines Tages seinen Glauben an die Geisterwelt verlor und die Zauberin derartig vermobelte, daß er zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Die Dämonen im Sowjetkeller, drei Tropfen Menschenblut, die adelige Zauberschwindlerin, das an den Hokuspokus glaubende Ehepaar — die Edelrasse der Hitlerwähler.

## Friedrich Sieburg ins Stammbuch

Friedrich Sieburg, der Göbbelssche Rattenfänger an der Seine, hat soeben in einer neuen Schmelze in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ entdeckt, daß es in Paris oder vielmehr überhaupt in Frankreich „keine wahre Jugend“ mehr gibt. Leipzig, das „Klein-Paris“ Goethes, hat eben offenbar die Stadt Rabelais' überflügelt und „bildet jetzt durch die Gulaschkanone seine Leute“. Da kann eben die Jugenderziehung eines Landes, das die Toleranz und die Humanität statt der Verschwendung des „Strohrotes“ lehrt, „nicht mit“.

Ganz ähnlich wie die „tickische“ Leipzigerin schreibt aber auch die obergärtige Kölnerin. Die „Kölnische Zeitung“, das einstige Hauptblatt der Leute, die die Kultur am Rhein sangen, stellt fest, daß der französische Bürger, „sei er Bauer, Angestellter, Handwerker, Beamter, Geistesarbeiter oder Rentner, jedem Abenteuer (aventure) versagt“.

Es ist völkerpsychologisch sehr interessant, was die „Nouvelles Littéraires“, die bedeutendste Zeitschrift des französischen Geisteslebens, auf diese doppelte Anzapfung maßvoll erwidern.

„Für Herrn Sieburg“, schreibt das Blatt, „ist das Abenteuer (das des deutschen Volkes) kollektiv, national, rassisch. Für uns bleibt ein Abenteuer immer etwas Persönliches, eine Sache, die man führt, die man leitet, etwas, an dem man aktiv teilnimmt. Dieser Persönlichkeits-Standpunkt, welchen die Deutschen gerechtfertigter Weise bei dem französischen Bourgeois feststellen, ist gerade der Hebel seiner Wirksamkeit und das Charakteristikum seines Wagemuts (aventure). Ein Abenteuer, das ist für Herrn Sieburg ein Volk, das seine Bestimmung sucht. Für uns ist das immer ein Mensch. Menschen, auch wenn das Abenteuer durch ganz Frankreich eilt. Der Typ des französischen Abenteurers (Charles Péguy hat ihn gut getroffen) ist die Gestalt der Jungfrau von Orléans — real und geheimnisvoll in einem.“

Man könnte hinzufügen, daß einst auch das deutsche Volk in einem Schiller, (dem Dichter der „Jungfrau von Orléans“ und des Marquis Posa) so seine Ideale gesehen hat. Aber das war wohl vor der Zeit, in der das Rasseninstitut Schwabenburg mit einer Rede auf „20 000 Jahre Kultur“ erritten wurden. —

Friedrich Sieburg ins Stammbuch geschrieben (oder heißt das jetzt: „Herdbuch“?) —

## Marxismus des kleinen Mocitz

Die „Ausmerze“ durch Sterilisierung

Die Ausmerze: das ist ein neues Wort, das Egon Freiherr von Eichtstedt, Professor der Anthropologie an der Universität Breslau geprägt hat, um damit in einem hymnischen Geschwäg („Reich und Länder“ 12) das Ziel des Sterilisationsgesetzes zu kennzeichnen. Das Wort ist gut und verdient, aufbewahrt zu werden. Die Erfinder der vererbaren Krankheiten sind, wie könnte das anders sein, die Marxisten. Egon sagt das so: „Unsere Bemühungen um die Ausmerze der Minderwertigen, unsere Förderung der gesunden Erbmasse des Volkes werden nie einen vollen Erfolg haben können, wenn nicht auch die erwähnten bereits ausgelesenen Erbmasse eine positive Förderung erfahren. Noch liegt der lähmende Druck marxistischer Ideologie über uns, jener Zeit, die vernichten wollte und die überdurchschnittlich leistenden Erbmasse ausmerzen wollte, damit die Senkung, ein Ausgleich aller Intelligenz- und Kulturunterschiede möglich wäre. Denn eines ist sicher: lassen wir die Vernichtung, die Selbstvernichtung des Kulturführertums im Volke weitergehen, so werden wir trotz allem anderen als Nation unter Nationen erledigt sein.“

Was sich der kleine Egon, der natürlich meint, zum Kulturführertum zu gehören, unter Marxismus vorstellt! Auch seiner wird man nicht vergessen dürfen, wenn man die Bilanz dessen ziehen wird, was im Reich Nummer drei Wissenschaft

## Baden-Badener Hände

### Croupier-Schule für richtige Bewegungen

Auch die „Frankfurter Zeitung“ (9. Jan.) nimmt jetzt in einem begeisterten Artikel zum Baden-Badener Spielbankbetrieb Stellung. Sie schreibt u. a.:

„Aber die Hände, sie sprechen — auch wenn sie nicht zittern, auch wenn sie noch so geübt scheinen. An ihren Händen sollst du sie erkennen, die Spieler. Die Hände freilich, die am meisten imponieren, sind die der Croupiers. Unnachahmlich geschickt, geschwind und graziös arbeitet solch eine Hand des Croupiers. Ob sie die Spielmarken zählt oder zuwirft, ob sie mit dem merkwürdigen riesigen Holzmesser die verspielten Karten vom Tisch rasiert und in den Bauch des Tisches versenkt, immer ist diese Handlung gleich erstaunlich. Nur der von Gewinn und Verlust Ueberführte kann offenbar so gleichmäßig elegant und sicher hantieren. Wie schwer das zu erlernen ist, kann man in der Croupier-Schule von Baden-Baden beobachten, in der tagtäglich eine Anzahl einheimischer junger Leute herangebildet werden, um der einst die gegenwärtig amtierenden Croupiers zu ersetzen. Monatlang wird nur das Werfen der Spielmarken geübt. Man kann ein trefflicher Schütze sein, ob man beim Werfen dieser Marken genau dahin trifft, wo der Spieler sitzt, direkt vor seinem Platz, das ist noch lange nicht gesagt. Der Croupier hat aus dem Handgelenk zu werfen und zu treffen, nicht etwa aus dem Ellbogengelenk, was leichter wäre. Deshalb wird dem Lehrling eine Spielmarke unter den Arm geklemmt, die auch bei wiederholtem Werfen nicht zu Boden fallen darf. Das ist die Gewähr für die

richtige Handbewegung, das erste, was der Kandidat zu erlernen hat. Dann kommt das Rechnen, das Werfen der Kugel, das Drehen der Scheibe, das Geben der Karten usw. Ein schwerer und schwer erlernbarer Beruf. Aber wenn er ausgearbeitet hat, ist der Croupier die Seele des Geschäfts.“

Hier erfahren wir etwas von Händen aus dem „dritten Reich“, was uns gefällt. Hände ohne Revolver und Peitsche — elegante Wurfwerkzeuge mit geöltem Gelenk, damit die Spielmarke ihr Ziel nicht verfehlt.

Die Zöglinge der Baden-Badener Croupier-Schule werden selbstverständlich uniformiert: auf dem braunen Kragen rote und schwarze Spiegel, auf der Kappe der Spruch: „Faites votre jeu, messieurs“. Die Schule wird in die deutsche Arbeitsfront unter dem Spezialprotektorat von Dr. Ley eingegliedert und gehört in der ständischen Gliederung zur Abteilung „Nährstand“.

Im alten deutschen Volksbuch vom Herzog Ernst wird das orientalische Märchen vom Magnetberg erzählt, der die eisernen Teile der Schiffe unwiderstehlich anzieht, daß sie zerschellen. Schiffstrümmen, verwesende Leichname und gebleichte Knochen umkreisen den Berg des Schreckens. Ein goldner Magnetberg — das ist die Weltpolitik des Kapitalismus, die militärisches Ruhmbedürfnis und abenteuerliche Romantik in Blut, Grauen und Gelächter taucht.



# „Wilson verte“

## Ende des Grünen Hauses

Man schreibt uns aus Brüssel: Wir konnten vor einiger Zeit berichten, welchen Proteststurm unter der Arbeiterschaft Brüssels die Eröffnung des Palais der „Dinasso“ (Dietlich Nationalsozialisten) hervorrief. Die Empörung fand selbst in Tälchen ihren Ausdruck, so daß ständig die Polizei zum Schutz bereit sein mußte. Seit Oktober vorigen Jahres konnte der Passant in der rue Font-Neuf zu jeder Tages- und Nachtzeit drei bis vier Polizeiposten sehen, die diese wertvollen Bürger vor dem Volkszorn schützen sollten.

Nun hat der Bürgermeister M. Max der öffentlichen Meinung, die aufs höchste über diese Provokation und die ungewollte Rolle der Polizei erregt war, vorgegeben und die Schließung des „Wilson verte“ angeordnet. Nachdem auf zivilrechtlichem Wege nichts zu erreichen war (Klage der Hauseigentümerin), hat nun der Bürgermeister Max dem nicht ermüdenden Druck der Arbeiterschaft nachgegeben.

Die Brüsseler Arbeiterschaft hat einen kleinen Sieg errungen. Gewiß. Aber noch ist die Pestbube nicht ausgeräumt. Vorläufig bestehen noch die Dinasso, wenn auch ohne Lokal.

Offensichtlich werden sich die Arbeiter nicht durch einen falschen und überlebten demokratisch-liberalistischen Geist hindern lassen, das Verbot dieser braunen Organisation, die noch nicht sehr ausgebreitet ist, zu erkämpfen.

Delcassa.

## Eltern — halbiert

### „Entgegenkommen“ für nichtarische Studenten

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Zur Klärung von Zweifeln, die darüber entstanden sind, ob die zum weiteren Studium zugelassenen Studierenden nichtarischer Abstammung ohne besondere Bedingungen auch zu den akademischen Prüfungen (Diplom-, Doktor-, Prüfungen usw.) zugelassen werden dürfen, hat der preussische Kultusminister Raut einen Erlaß herausgegeben, der ebenfalls auch über andere mit den Prüfungen nichtarischer Studierender zusammenhängenden Fragen Bestimmungen trifft. Nach diesen Bestimmungen wird zukünftig folgendermaßen verfahren werden:

Zu den Prüfungen sind diejenigen Reichsdeutschen nichtarischer Abstammung unbeschränkt zugelassen, deren Väter im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder seine Verbündeten gekämpft haben, sowie Abkömmlinge aus Eltern, die vor Inkrafttreten des Reichsbürgergesetzes gegen die Ueberfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. April 1933 geschlossen sind, wenn ein Elternteil oder zwei Großeltern arischer Abstammung sind. Ferner sind zu den Prüfungen zugelassen diejenigen Studierenden nichtarischer Abstammung, die entweder zum Studium selbst zugelassen sind, oder denen das weitere Studium gestattet ist, und zwar auf Grund des Ausführungserlasses des preussischen Kultusministers vom 16. Juni 1933 zur Ausführung des Gesetzes gegen die Ueberfüllung der deutschen Schulen und Hochschulen vom 25. April 1933.

Weiter trifft der Erlaß die Bestimmung, daß diejenigen Studierenden nichtarischer Abstammung, die bei Durchführung des erwähnten Ausführungserlasses vom 16. Juni 1933 bereits exmatrikuliert waren und die sonstigen Voraussetzungen zu einer Zulassung erfüllen, auf Antrag mit Genehmigung des preussischen Kultusministers zu den Prüfungen zugelassen werden können. Allgemein ausgeschlossen von der Ablegung von Prüfungen sind alle diejenigen Studierenden arischer oder nichtarischer Abstammung, die aus der Liste der Studierenden gestrichen werden mußten.

## Hund rettet fünf Menschen

### Und kommt in den Flammen um

Faberborn, 9. Jan. In Mesinghausen gelang es einem Hund, bei einem Großfeuer fünf Menschenleben zu retten. Das Tier selbst aber kam dabei um. Auf einem Bauernhof war während der Nacht Feuer entbrannt. Obwohl die Flammen das Wohngebäude schon von allen Seiten angegriffen hatten, schloß die klüfftöpfige Familie ahnungslos. Der Hof-

**LEHM kauft JEWELN**  
schöne  
Diamanten, Perlen, Silber, Gold  
VERKAUF:  
Paris, 43, rue Lafayette. Expertise

hund hatte gleich nach Entstehen des Brandes Alarm geschlagen, war aber nicht gehört worden. Als das Feuer immer weiter drang, Teile des Gebäudes bereits vom Dach fielen, die Bewohner aber immer noch schliefen, sprang der Hund schließlich durch das Flammenmeer in das Haus und in die Schlafräume. Aus höchster Lebensnot konnten sich die Hausbewohner noch im letzten Augenblick retten. Der Hund dagegen wurde von herabstürzendem brennendem Gebälk begraben und verbrannt.

## Das „Ungeheuer“

### Vierzehiges Großtier

Die Leiter des Zoologischen Gartens des Britischen Museums haben ihren Bericht über das Ergebnis ihrer genauen Untersuchungen der Fußspuren, die von dem Forscher Wetherell am Ufer des Loch Ness entdeckt wurden, der Öffentlichkeit übergeben. Dieser Bericht, der von Dr. Collins und von dem stellvertretenden Direktor Mr. Hinton gezeichnet ist, löst das Rätsel um den Bewohner des schottischen Bergsees in einem noch geheimnisvolleren Licht erscheinen. Das Gutachten hat nachstehenden Wortlaut:

In gemeinsamer Arbeit mit mehreren Mitgliedern des wissenschaftlichen und technischen Personals der zoologischen Abteilung haben wir die von Wetherell gefundenen und in Gips gegossenen Fußspuren einer eingehenden und genauen Untersuchung unterzogen. Die Abdrücke kamen unwillkürlich von einem vierzehigen Großtier. Es ist uns nicht möglich gewesen, irgendeinen wissenschaftlichen Unterschied zwischen diesen Fußspuren und den Fußabdrücken eines Ailuropferdes festzustellen. Dieser Vergleich ist uns durch die Lebenswahrheit des Direktors des Zoologischen Gartens ermöglicht worden, der uns für unsere Versuchszwecke ein weibliches Ailuropfer aus dem Tierbestand des Gartens zur Verfügung stellte. Das Profil des Gipsabdrucks der gefundenen Spur und der Abdruck des lebenden Wasserbüchters aus dem Zoo weisen sowohl dem Umfang wie der allgemeinen Struktur nach eine vollständige Ähnlichkeit auf. Der einzige Unterschied ist der, daß der Abdruck der Fußspure in Ihren mittleren Partien kräftiger erscheint. Es folgen die Unterschriften.

17, RUE DE CLICHY  
TEL. TRINITE 13-73

**Allgemeine DEUTSCHE POLIKLINIK**  
MÉTRO, CLICHY UND TRINITE

Chirurg. Professor WENSTEN

1) ORDINATION DURCH SPEZIALÄRZTE für innere, Chirurgische, Frauen- und Kinderkrankheiten, Haut- und Geschlechtskrankheiten, Augen-, Ohren-, Nasen- und Halskrankheiten, Gelerntschulle. 2) INNERE Klinik. 3) CHIRURGISCHE Klinik. 4) GEBURTSHILFICHE und GYNÄKOLOGISCHE Klinik

Sanatoriums-Gebäude mit der allermodernsten Einrichtung

ORDINATION (auch für Privatkranken) täglich von 1 bis 4 Uhr. Sonn- und Feiertage von 10 bis 12 Uhr

# Ist der Krieg so nahe?

## Dortmund wird verdunkelt — Gesteigerte Luftschutzübung Wie im Ernstfall

Vom Polizeipräsidenten Dortmund wird uns geschrieben: Der Luftschutzbefehl hat heute bereits große Teile des deutschen Volkes erfasst. Jedem Deutschen muß es allmählich klar geworden sein, daß man angesichts der Rüstungen der anderen nicht die Hände in den Schoß legen und auf eine Zufalls Hilfe rechnen darf, sondern daß man die Lage mit dem nächsten Verstande betrachtet und wenigstens das auswertet muß, was uns als passiver Luftschutz erlaubt ist. Jeder Deutsche muß wissen, wie er sich bei Luftgefahr, sei es am Tage oder zur Nachtzeit, zu verhalten hat. Um ein „Luftschutzmäßiges“ Verhalten bei der Bevölkerung zu fördern, müssen Luftschutzübungen bei Tage oder Verdunkelungsübungen bei Nacht durch die hierzu berufenen Stellen abgehalten werden.

Eine solche Verdunkelungsübung hat der Polizeipräsident von Dortmund in der Nacht vom 23. zum 24. Januar angeführt. Damit die Bevölkerung in die Lage versetzt wird, rechtzeitig alle Vorkehrungen für die Verdunkelung treffen zu können, wird der Verlauf der Uebung nachstehend bekanntgegeben. Schon heute wird auf die demnächst erscheinenden Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten hingewiesen, deren genaueste Befolgung der Bevölkerung im eigenen Interesse zur Pflicht gemacht wird.

### Verlauf der Uebung:

1. Die Uebung beginnt um 18 Uhr mit der Einschränkung der öffentlichen Beleuchtung auf ein Mindestmaß, Fortfall aller Lichtreflexe und Scheinwerferbeleuchtung, Abblendung aller Raumbelichtung in Wohn-, Waren-, Bürohäusern, Gaststätten, Werkstätten, Industriebetrieben, Krankenhäusern usw.

Verkehrsmittel (Straßenbahnen, Kraftfahrzeuge usw.) haben ihre Geschwindigkeit auf das geringste Maß herabzusetzen. In der Zeit von 18-2 Uhr haben alle Verkehrsmittel abgeblendet zu fahren (nur Standlicht erlaubt). Die Benutzung von Scheinwerfern hat zu unterbleiben. Die Innenbeleuchtung von Verkehrsmitteln darf nicht nach außen dringen.

2. Von 2-2.15 Uhr findet die Totalverdunkelung statt. Während dieser Zeit ist die gesamte öffentliche Beleuchtung einschließlich aller Beleuchtung von Privatwegen und die Hofbeleuchtung vollständig zu löschen. Das gleiche gilt für Reichsbahn-, Privatbahn-, Kleinbahn-, Industrie- und Zehnanlagen.

Während dieser Zeit ruht jeder Verkehr. Straßenbahnen haben zu halten und die Beleuchtung zu löschen. Nicht an Schienen gebundene Fahrzeuge haben scharf rechts heranzufahren, zu halten und die gesamte Beleuchtung zu löschen.

3. Für die Zeit von 2.15-3.00 Uhr gelten die unter 1) aufgeführten Maßnahmen.

4. Ab 3.00 Uhr kann wieder normal beleuchtet werden.

Um eine reibungslose Durchführung zu gewährleisten, beachte jeder Einwohner folgende Punkte:

1. Sorgt für Abblendung in Euren Wohnungen und Betrieben. Kein Lichtschein darf aus den Räumen nach außen dringen.

2. Weidet während der Uebung die Straße, soweit es die Ausübung Eurer Berufspflicht gestattet. Bei einer Verdunkelung gibt es auf der Straße nichts zu sehen. Galtet insbesondere die Kinder der Straße fern. Fußgänger und Fahrzeugführer benutzen die Straße auf eigene Gefahr und Verantwortung, ohne die Möglichkeit auf Isoliere Schadenersatzansprüche zu haben.

3. Wenn auch in allen Stadtteilen besondere Streifen (Polizei und SA) eingesetzt werden, die die Bevölkerung vor Lichtschein und Geiseln schützen, so trifft doch alle Vorkehrungen zur Sicherung Eures Eigentums.

4. Fahrzeugführer, abt während der Uebung Verkehrsdisziplin. Galtet Euch an die gegebenen Anordnungen, und Ihr bewahrt Euch und andere vor Schaden.

5. Jeder wahre strenge Disziplin und leiste den Anordnungen der Polizeibeamten und den zu ihrer Unterhaltung eingesetzten Angehörigen der SA. geru und willig Folge.



Aufrüstung im Stillen Ozean

Der Diamantenberg (Pfeil) auf Hawaii soll in nächster Zeit zur stärksten Festung der Welt ausgebaut werden. Die Amerikaner wollen die Hawaii-Inseln zu ihrer Flottenbasis machen und auf diesem paradiesischen Teil der Erde die mächtigsten Waffen konzentrieren. Offensichtlich ist diese Rüstung durch den japanischen Rauberschiffbau herausgefordert.

## BRIEFKASTEN

„Camelia“. Das der Streicher in Nürnberg, intimer Freund des deutschen Reichstanzlers, ein Schweinefest ist, haben wir oft genug nachgewiesen. Er macht seine politische Verbundenheit durch Vornamenswahl, bis im Jahre 1933 die Bevölkerung durch eine Abstimmung ihre Stimme über ihr ferneres künftiges Schicksal aussprechen hat. Die letzte Entscheidung trifft der Volkswahlmann. Präsident der Regierungskommission ist ein Herr. Frankreich hat ein Mitglied.

R. S. Gernonig. Das Saargebiet steht keineswegs „unter französischer Verwaltung“. Es wird von einer internationalen Regierungskommission im Auftrag des Völkerbundes treuhänderisch verwaltet, bis im Jahre 1935 die Bevölkerung durch eine Abstimmung ihre Stimme über ihr ferneres künftiges Schicksal aussprechen hat. Die letzte Entscheidung trifft der Volkswahlmann. Präsident der Regierungskommission ist ein Herr. Frankreich hat ein Mitglied.

R. Sawel. Passen Sie doch das Vergangene rüber. Das Sie mit unserer Zeitung so zufrieden sind, beweist mehr, als Sie ahnen, wie sich „Sozialistische“ entwickeln können. Weder das hat doch auch für ein langes Sündenregister und es ist nicht nur christliche Nächstenliebe, wenn wir nicht mehr darauf zurückkommen. Ihre Rechtsreibung „Sozialdemokratie“ ist so gut falsch, daß wir Ihnen raten möchten, sie nicht auf offenen Volkstagen anzuwenden. Es könnte für die Weibliche Staatspolizei ein Anlaßpunkt sein. Ihre Heimat heraus zu bekommen.

Knausmann. Wählmann. Sie haben sich vergeblich gefreut. Ihre Hoffnung, daß auch für den Bonaparte-Flandal Juden die Verantwortung tragen, war trügerisch, und Ihre antisemitische Volkstare

haben Sie umsonst geschrieben. Slavits war nämlich kein Jude. Dieser echte Jude gehörte der griechisch-katholischen Glaubensgemeinschaft an und betete früher einmal zum Doppelkreuz, ehe er zum römischen Katholizismus übertrat. Sie haben sich in Ihrem Haß durch das — u — täuschen lassen.

Germanicus. Wir danken Ihnen für Ihren Brief, den Sie uns schreiben als „reinerlicherer“ Brief mit einwandfreien Vorzeichen vaterländischer und mütterlicherseits. Aber Ihr Gedicht können wir leider nicht drucken. Es ist in der Form auswendig unterschieden von den zahlreichen Briefen, die wir in den vergangenen Monaten erhielten und abdruckten. Vielleicht gelingt Ihnen gelegentlich etwas Besseres.

Steno Paul. Wir danken Ihnen für Ihre Berichtigung. Es ist richtig, daß dieser ausgezeichnete frühere Lincolnton-Berliner, der jetzt von seinem Vorkont in der Berliner Kunstakademie entsetzt wurde, einmala denselben Wilhelm II. heilig karikierte, der ihn später an die Berliner Kunstakademie berief. Diese kleine Gedichtabdruckung erinnert uns an eine ähnliche Anekdote aus den ersten Wochen der Hitler-Mera. Tamara W. der Kronprinzessin an seinen Vasa in Dorn ein Treuepaar folgender Inhalts gerichtet haben: „Rebre zurück, Herrliche Seiten. Wir legt Keineres Mebel.“

Brüfel. Am Unabhängigkeitstag 1933 184 Rue Rossant, Doude, Prince de Galles) ist sich am Dienstag dem 9. Januar 1934, Dr. Hans Grünberg über: Die Oranologie als Wissenschaft und Kunst. Eintritt 3,- belg. Franken.

St. Reich, Tischschloßbeset. Sie werden inzwischen durch mehrere Kuffage Klüftung erhalten haben.

Für den Gesamtbild verantwortlich: Johann P. H. in Dubweiler; für Inserate: Otto L. H. in Saarbrücken. Retationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 7



